

LANDTAGS NACHRICHTEN

8. Juli

5 / 2016

www.landtag-mv.de



+++ Änderung der Landesverfassung +++ Ehrenamtsstiftung M-V +++ Schulstandorte und Schülerverkehr +++
Volksinitiative Kreiskrankenhaus Wolgast +++ Anhörung Kommunalabgabengesetz +++ Enquete-Kommission
beendet Arbeit +++ Rückschau: Jugend im Landtag 2016 und „Tag der offenen Tür“ im Landtag +++



Titelfoto (Uwe Sinnecker) Detail der Orangeriefassade des Schweriner Schlosses

3	Gastkolumne	Michael Seidel, SVZ-Chefredakteur, zu den Änderungen der Landesverfassung
4	AUS DEM PLENUM Aktuelle Stunde	„Urlauberinnen schützen - Belästigungen und Übergriffe durch kriminelle Asylanten verhindern - Tourismus nicht dem Multi-Kulti-Wahn opfern“ (NPD)
5 – 12	Berichte	Änderung der Landesverfassung Aussprache zum Thema „Ein Jahr Ehrenamtsstiftung M-V – eine Bilanz“ Aussprache zum Thema „Zukunftsvertrag – Ausdruck gescheiterter Regierungspolitik“ Kurze Schulwege – Schulstandorte und Schülerverkehr Volksinitiative Kreiskrankenhaus Wolgast
12 – 13	Weitere Beschlüsse	Leitbild „Gemeinde der Zukunft“ und Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Rundfunkänderungsstaatsvertrag NDR-Digitalradio-Staatsvertrag Staatsvertrag der norddeutschen Küstenländer über die Einrichtung und den Betrieb eines Rechen- und Dienstleistungszentrums zur Telekommunikationsüberwachung Landesrichtergesetz Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land M-V über die Errichtung eines gemeinsamen Mahngerichts Klimaschutzgesetz M-V Einsprüche gegen das Ergebnis des Volksentscheids über das Gerichtsstrukturneordnungsgesetz Anpassung von Besoldungs-, Beamtenversorgungs- und Amtsbezügen Gleichstellungsgesetz
14 – 18	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Enquetekommission:</i> Beendigung der Arbeit und Abschlussbericht <i>Innenausschuss:</i> Anhörung zum Kommunalabgabengesetz <i>Europa- und Rechtsausschuss:</i> Parlamentsforum Südliche Ostsee in Kiel <i>Wirtschaftsausschuss:</i> Informationsbesuch Flughafen Laage und Haus des Tourismus Rostock <i>Bildungsausschuss:</i> Informationsbesuch in der Außenstelle des Landesarchivs Greifswald <i>Energieausschuss:</i> Beratung in Stettin
19 – 27	PANORAMA	Rückblick auf den „Tag der offenen Tür“ des Landtages „Land gewinnen“ – zum 10. Mal Jugend im Landtag

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Raus aus der Frosch-Perspektive

Schon Anfang der 2000er-Jahre war unübersehbar, dass die Beschäftigung mit dem, was zwischen Deutschland und Europäischer Union auszuhandeln ist, fast immer auch einen Bezug zu Mecklenburg-Vorpommern hat. Nicht umsonst tummeln sich verschiedenste Gremien wie ein „Ausschuss der Regionen“, ein „Ministerrat“ und was es sonst noch für Konstrukte gibt, auf den verschiedensten Gesprächsebenen zwischen Nationen, Regionen und der EU-Doppelhauptstadt Brüssel/Strasbourg. Kaum ein Landespolitiker sieht da durch, schon gar nicht der normale Bürger. Ende vom Lied: Die EU gilt als Moloch aus arroganten Eurokraten in gigantischen Glaspalästen – fernab der Lebenswirklichkeit. Und nun hat mit Großbritannien eine der größten Mitgliedsnationen dem elitären Club einfach den Rücken gekehrt. Wer hätte das vor einem Jahr, als ganz Europa sich in Hysterie wegen eines möglichen Grexits erging, für möglich gehalten?!

Nun beschloss der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eine Verfassungsänderung, die zwei entscheidende Punkte enthält, die nach dem Brexit-Referendum wohl neu betrachtet werden müssten: Erstens wurden die Quoren für die Instrumente direkter Demokratie, das Volksbegehren und den Volksentscheid, gesenkt. Was als Stärkung plebiszitärer Elemente gesehen wird, steht unter dem Eindruck eines mindestens fragwürdigen Umgangs britischer Populisten mit einem solchen Instrument in neuem Lichte.

„ Die Mitbestimmungsrechte der nationalen und regionalen Parlamente stärken. „

Zweitens soll der Landtag mit der neuen Wahlperiode einen eigenständigeren Fachausschuss für Europäische Angelegenheiten bekommen. Nicht so sehr aus eigenem Antrieb, sondern wie beinahe üblich beim Thema Europäische Union: „Weil EU-Recht umgesetzt werden musste.“ So steht es in der Beschlussbegründung.

Aha. Weil die EU das so will, muss das im Land so gemacht werden. Falsch. Ganz falsch. Wer die Systematik richtig interpretiert, würde sehen, dass hier aus der fortwährenden Kritik an der Abgehobenheit Brüsseler Entscheidungen und dem beständigen Eindruck der Verletzung des sogenannten Subsidiaritätsprinzips die richtige Konsequenz gezogen wurde: Die Mitbestimmungsrechte der nationalen und regionalen Parlamente zu stärken! Auf Deutsch: Wenn regionale oder nationale Parlamente den Eindruck haben, Brüs-



Michael Seidel ist seit 2013 Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung. Er war seit 1992 Landtags-Berichterstatter und bis 2006 Vorstandsmitglied der Landespressekonferenz M-V.

sel maße sich Entscheidungen an, die besser auf regionaler oder nationaler Ebene zu treffen wären, oder Brüsseler Entscheidungen verletzen Interessen einer Region oder Nation, können diese künftig ihr Veto einlegen. Dazu müssten aber Abgeordnete von solchen Entscheidungen nicht nur wissen, sie müssten sie auch inhaltlich durchdringen, um Fallstricke zu erkennen. Und sie müssen das zumeist sehr kurzfristig – was mit üblichen parlamentarischen Abläufen oft kollidiert. Deshalb soll dieser Europa-Ausschuss künftig auch ad hoc allein entscheiden dürfen – stellvertretend fürs Gesamtparlament. Beschlossen wurde dieses sogenannte Subsidiaritäts-Frühwarnsystem übrigens schon Anfang Dezember 2009 mit dem EU-Reformvertrag von Lissabon. Peinlich, dass erst jetzt die Landesregelung dazu umgesetzt wurde. Die Ausstattung des Europa- und Rechtsausschusses mit Initiativ- und Entscheidungsrechten war längst überfällig. Das Engagement der Abgeordneten im bisherigen Rechts- und Europaausschuss in Ehren – aber über Brüssel-Exkursionen hinaus kümmerten sie sich doch eher um regionale Ausfühungs- und Umsetzungs-Aspekte. Wirkliche eigene Kontrollkompetenz in EU-Angelegenheiten waren sie gar nicht imstande, sich zu erarbeiten. Die Beziehungen zur EU sind eher Sache der Beamten in Staatskanzlei und Fachministerien, also der Exekutive. Selbst deren Expertise hält sich, mit Verlaub, in den Grenzen ihrer speziellen Aufgaben, etwa der Verwaltung der EU-Strukturfonds.

Andere Bundesländer handhaben das traditionell anders. Musterbeispiel ist Bayern, das sich eine eigene Vertretung von den Ausmaßen der Schweriner Staatskanzlei in Brüssel leistet. Aus der Erkenntnis: Wer nicht selbst in den Brüsseler Netzwerken drin ist, erkennt Entwicklungen, Vorhaben und Vorschriften gegebenenfalls zu spät und kann nur noch reagieren. Bayern aber will jedes Programm, jede Richtlinie, jeden Fördertopf von der Entstehung an kennen – um ihn für seine Bedürfnisse beeinflussen und nutzen oder eben dagegen angehen zu können. Adäquaten Niederschlag findet das im Bayrischen Landtag.

Es wird Zeit, das Mecklenburg-Vorpommern lernt, sich aus der Frosch-Perspektive zu befreien und die EU aktiv für sich zu nutzen.

Michael Seidel

Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen

Demokratische Fraktionen weisen pauschale Kriminalisierung von Migranten zurück

Die Eröffnungsdebatte der vorletzten Landtagswoche vor den Wahlen dauerte gerade einmal 15 Minuten und war damit wohl die kürzeste Aktuelle Stunde dieser Wahlperiode. Themenberechtigt war die NPD-Fraktion. Sie stellte den Tagesordnungspunkt unter die Überschrift „Urlauberinnen schützen – Belästigungen und Übergriffe durch kriminelle Asylanten verhindern – Tourismus nicht dem Multi-Kulti-Wahn opfern“. Entsprechend dem „Schweriner Weg“ – zu Anträgen der NPD-Fraktion spricht grundsätzlich nur eine Abgeordnete bzw. ein Abgeordneter stellvertretend für alle vier demokratischen Fraktionen – entgegnete Silke Gajek auf den Redner der NPD. Und so wurde aus der Aktuellen Stunde diesmal eine Aktuelle Viertelstunde.

Fotos: Uwe Sinnecker



Udo Pastörs (NPD)

„Als die NPD im Jahre 2006 hier in den Landtag einzog, forderten wir auch zur Sicherheit der Urlaubsgäste in M-V: kriminelle Ausländer raus, Asylbetrüger abschieben, Sicherheit und Ordnung herstellen“, sagte **Udo Pastörs**, Fraktionsvorsitzender der NPD, zu Beginn seiner Rede. Heute zeige sich deutlich, „wie berechtigt diese Forderungen waren und sind“. Die Übergriffe von Ausländern auf deutsche Frauen „in Köln und anderen Städten“ seien nicht „die Overtüre“ gewesen. Schon vorher hätte die Politik zusammen mit der „Lügenpresse“ und der Polizei „systematisch die Wahrheit unterdrückt und das Recht gebeugt“. Sie hätten die Frauen „dem aufgegeilten Ausländermob regelrecht ausgeliefert“. „Ich sage Ihnen“, so Pastörs, „dass unsere Mädchen und Frauen hier an den Ostseestränden nicht sicher sind“. Insbesondere „die Grünen“ und „die Roten“ würden billigend in Kauf nehmen, dass „Vergewaltigung und sexuelle Nötigung in diesem Sommer an der Tagesordnung sein werden“. Wer glaube, „den sexuell ausgehungerten Sexualstraftätern“ mit Informationsbroschüren auf Arabisch „einen Riegel vorschieben zu können“, der sei „naiv blöd“. „Es geht nicht darum, Badegästen eine trügerische Sicherheit zu suggerieren durch Flugblattverteilung. Es geht um eine maximale Sicherheit für unsere Badegäste – und die ist sicherzustellen durch knallharten Einsatz der Sicherheitskräfte.“

„Das soll nun also die mutmaßlich letzte Aktuelle Stunde der NPD in diesem Haus sein“, entgegnete **Silke Gajek** (B' 90/ DIE GRÜNEN), die für alle vier demokratischen Fraktionen sprach und das von der NPD benannte Thema als „unsinnig“ bezeichnete. „Wie immer haben Sie sich auch diesmal nicht sonderlich Mühe gegeben; Hauptsache provozieren, het-



Silke Gajek (B' 90/DIE GRÜNEN)

zen.“ Die deutsche Frau als Opfer angeblicher Gewalt von Migranten, das passe genau ins Bild der NPD, so Gajek. Ob sich die NPD schon einmal mit der Frage von Gewalttätigkeiten deutscher Männer gegen deutsche Frauen beschäftigt habe? „Diskriminierung von Frauen und sexualisierte Gewalt fanden in M-V schon lange vor der aktuellen Flüchtlingsdiskussion statt, nämlich in Familien und Partnerschaften.“ Laut einer Dunkelfeldstudie der Polizei würden mehr als 98 Prozent dieser Taten jedoch „aus Scham und Angst vor Ausgrenzung und sozialem Abstieg“ nicht angezeigt. Diese Gewalt werde von der NPD allerdings „totgeschwiegen“. Genau wie Übergriffe „auf Flüchtlingsunterkünfte, Asylsuchende und engagierte Helfer“. Dabei seien es Beispiele wie diese, „die aktuell die Wahrnehmung und Medienberichte prägen“. Ja, auch Urlauberinnen und Urlauber seien schon angegriffen worden, sagte Gajek – im Gedächtnis habe sie da die Touristengruppe in Warnemünde, die im vergangenen Juli wegen ihrer Hautfarbe attackiert worden sei. Oder jene Familie, die 2014 beim Zelten in Vorpommern-Greifswald „rassistisch beleidigt und mit Steinen angegriffen“ wurde. Oder den fremdenfeindlichen Übergriff auf eine Schulklasse in Grimmen. Die Liste ließe sich bis in die 90er-Jahre fortsetzen, so Gajek. „Gerade diese Beispiele haben bei Touristen zu Vorbehalten gegenüber unserem Bundesland geführt. Dass Mecklenburg-Vorpommern touristisch da steht, wo es steht, ist sicherlich nicht wegen der NPD so, sondern trotz der NPD und gewalttätiger Rechtsextremer.“ Der beste Schutz aller Menschen seien die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen und die Selbstbestimmung. „Aber damit haben Sie, meine Herren der NPD, noch immer das größte Problem.“

Volksbegehren: Hürden gesenkt

Landtag beschließt Verfassungsänderung

Der Landtag hat in drei wesentlichen Punkten die Landesverfassung geändert. Erstens: Die Mindestzahl der Unterschriften für ein Volksbegehren wurde von 120.000 auf 100.000 gesenkt und der Sammelzeitraum auf fünf Monate begrenzt. Das Quorum für einen erfolgreichen Volksentscheid wurde von 33 auf 25 Prozent der Wahlberechtigten reduziert. Zweitens: Die Legislaturperiode des Landtages wurde um zwei Monate verlängert, damit Landtagswahlen künftig nicht mehr in die Sommerferien fallen können. Drittens: Die Befugnisse des Europa- und Rechtsausschusses wurden erweitert. In Europafragen kann er künftig plenar-ersetzende Beschlüsse fassen, wenn die Fristen für Entscheidungen im üblichen parlamentarischen Verfahren zu kurz sind. SPD, CDU, Linke und Grüne hatten die Änderungen gemeinsam eingebracht und beschlossen. Die NPD stimmte dagegen.

„Die Änderung unserer Verfassung ist sicherlich kein Alltagsgeschäft. Dazu kommt es in der Regel nur einmal pro Wahlperiode – wenn überhaupt“, machte **Detlef Müller** deutlich. Der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses betonte, dass die Beschlussempfehlung das Ergebnis interfraktioneller Zusammenarbeit von SPD, CDU, Linken und Grünen sei. „Unsere Einigkeit zeigt ganz deutlich, dass wir uns unserer Verantwortung gegenüber der Verfassung unseres Landes sehr bewusst sind.“ Müller erinnerte daran, dass die Absenkung der Quoren bereits 2012 als Gesetzentwurf von den Grünen eingebracht worden war, mit der Absicht, die Quoren zu halbieren. „Ich bin sehr froh, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt haben, ihren ursprünglichen Antrag für erledigt zu erklären.“ Die Notwendigkeit, die Aufgaben des Europa-Ausschusses zu erweitern, ergebe sich aus dem Einfluss Europas auf regionale Ebenen. Sollte



Die Landesverfassung in der aktualisierten Version können Sie auf der Internetseite des Landtages herunterladen oder bestellen.

Eine Bestellung ist auch telefonisch möglich:
0385 / 525-2113



Foto: Jens Büttner

es zu plenar-ersetzenden Beschlüssen kommen, werde der Ausschuss öffentlich tagen, kündigte er an. Mit dem Recht, solche Beschlüsse wieder aufzuheben, bleibe das Plenum jedoch „weiterhin Chef im Ring“.

„Sich eine Verfassung zu geben, das ist für jedes Bundesland der grundlegende Akt der Selbstbestimmung“, sagte **Andreas Texter** (CDU). Dieses „Zentrum staatlicher Rechtsordnung“ müsse „in sich beständig sein“, ohne jedoch „statisch“ zu werden. „Mit diesem Ansatz sind wir in die Beratungen gegangen.“ Auch deshalb habe sich der Ausschuss viel Zeit genommen, um die Änderungen „in Ruhe zu beraten“. Am Ende sei die Verfassung „behutsam“ dort geändert worden, „wo wir sie noch besser machen konnten“. „Natürlich konnten sich einige in einzelnen Punkten ein Mehr vorstellen.“ Das habe aber nichts an der „grundsätzlichen Zustimmung aller Anzuhörenden“ geändert. Der NPD-Fraktion sei die Landesverfassung indes „so wichtig gewesen“, dass sie an den Beratungen „gar nicht erst teilgenommen hat“. „Darüber kann sich dann jeder selbst ein Urteil bilden.“

Ja, die Verfassung werde mit den Änderungen „sicherlich deutlich besser“. Ihre Fraktion hätte sich allerdings „mehr gewünscht“, resümierte **Barbara Borchardt** (DIE LINKE). Vor allem mehr Mut bei der Absenkung der Quoren. Die Zahl der Unterstützungs-Unterschriften auf 100.000 zu reduzieren, gleiche noch nicht einmal die demografischen Entwicklungen aus. „Das zeugt nicht gerade von einem Vertrauensvorschuss gegenüber den Bürgern.“ Dass es fast drei Jahre gedauert habe, die Änderungen auf den Weg zu bringen, habe aus ihrer Sicht nicht nur an den intensiven Diskussionen gelegen, sondern „sicherlich“ auch am Volksentscheid gegen die Gerichtsstrukturreform. „Die Koalitionsfraktionen wollten es vermeiden, dass der Volksentscheid bei abgesenktem Quorum durchgeführt wird.“ Bei aller Kritik seien die Änderungen unterm Strich jedoch ein „positiver“ Kompromiss. „Ich hoffe, dass die Bürger das Angebot noch stärker annehmen, in Zukunft Volksentscheide und Volksbegehren durchzuführen.“

„Eine Verfassung soll sowohl Verlässlichkeit wahren, als auch gesellschaftlichem Wandel und politischen Entwicklungen Rechnung tragen. Dem kommen wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nach“, betonte **Stefanie Drese** (SPD). Ihre

Fraktion habe sich schon lange dafür eingesetzt, die politischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger zu stärken. „Mit der jetzt vorgesehenen Absenkung der Beteiligungsquoten für Volksbegehren und Volksentscheide machen wir einen wichtigen Schritt auf diesem Weg.“ Den Zeitraum für die Unterschriftensammlung zu befristen, entspreche den Regelungen aller anderen Bundesländer. Für bereits laufende Volksbegehren werde es bei den Fristen jedoch eine Übergangsregelung geben. „Das dient dem Grundsatz des Vertrauensschutzes.“ Die neuen Quoten gelten indes auch hier schon. „Die beabsichtigten Verfassungsänderungen sind das Ergebnis einer offenen, sachorientierten und verantwortungsvoll geführten Diskussion. Dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten noch einmal herzlich bedanken.“

Der NPD-Fraktion gehen die neuen Quoten ebenfalls nicht weit genug. „100.000 Unterschriften in fünf Monaten – das schaffen nur sehr gut organisierte Gruppierungen“, sagte **Michael Andrejewski**. „Für alle anderen stehen Volksbegehren und Volksabstimmungen weiterhin nur auf dem Papier.“ Dass die Wahlperiode jetzt erst verlängert wird, schrieb er dem Abschneiden der NPD bei der Wahl 2011 zu, die unmittelbar nach den Sommerferien stattgefunden hatte. Anstatt damals schon die Verfassung zu ändern, hätten SPD und CDU auf einen „Wachkoma-Wahlkampf“ in der Ferienzeit spekuliert – in der Hoffnung, dass kleinere Parteien nicht genug Stimmen erhielten, so Andrejewski. „Nachdem das nicht funktioniert hat, will man sich jetzt wohl etwas anderes einfallen lassen.“ Abschließend betonte er, lediglich an zwei Beratungsterminen des Ausschusses nicht dagewesen zu sein. Das eine Mal sei er beim Bundesverfassungsgericht gewesen, das andere Mal habe er eine Autopanne gehabt.

Das seien nichts als Ausreden, erwiderte **Johannes Saalfeld** (B'90/DIE GRÜNEN). „Die allgemeine Aktivität der NPD in den Ausschüssen ist bekannt: Sie tendiert gegen Null. Es passt daher ins Bild, dass Sie nicht anwesend waren.“ Für ihn sei die NPD „von Gespenstern getrieben“, wenn sie annehme, die Verfassung werde allein ihretwegen geändert. „Ich glaube, da überschätzen Sie sich.“ Den Menschen hierzulande sei es wichtig, sich einzubringen. Von bundesweit 17 aktuellen direktdemokratischen Verfahren spielten sich sechs in M-V ab. „Deshalb müssen wir die Verfahren, die es gibt, vereinfachen.“ Die nun vorgeschlagenen Änderungen seien ein Schritt in die richtige Richtung, den seine Fraktion „gern mittrage“, auch wenn es „noch deutlich Luft nach oben“ gebe. So hätten die Grünen sich nicht nur „etwas längere Fristen“ für die Unterschriftensammlung gewünscht, sondern auch Wahlen ab 16. Saalfeld zeigte sich jedoch überzeugt, dass zum Wahlalter noch nicht das letzte Wort gesprochen sei.

*Gesetzentwurf SPD, CDU, DIE LINKE, B'90/DIE GRÜNEN
Drucksache 6/5076
Antrag SPD, CDU, DIE LINKE, B'90/DIE GRÜNEN
Drucksache 6/5077
Gesetzentwurf B'90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/732
Beschlussempfehlung Europa- und Rechtsausschuss
Drucksache 6/5462*

432 Projekte gefördert



Stiftung für Ehrenamt und
bürgerschaftliches Engagement
in Mecklenburg-Vorpommern

Ein Jahr Ehrenamtsstiftung:
Regierung zieht positive Bilanz

Was hat die Ehrenamtsstiftung ein Jahr nach ihrem Start gebracht? Viel Gutes, sagen Landesregierung und Koalitionsfraktionen. Teile der Opposition sehen das anders. Mit der von der SPD angestoßenen Aussprache zu dem Thema gaben die Sozialdemokraten Ministerpräsident Erwin Sellering die Gelegenheit, in der vorletzten Landtagsitzung vor der Wahl Bilanz zu ziehen. Die von ihm initiierte und am 1. Juni 2015 mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE LINKE ins Leben gerufene Stiftung hat sich zur Aufgabe gemacht, Ehrenamtliche bei ihrer Arbeit organisatorisch und finanziell zu unterstützen.

„Ohne das ehrenamtliche Engagement von Hunderttausenden würde die Gesellschaft nicht funktionieren“, sagte **Heinz Müller** (SPD). „Genauso unstrittig wie diese Erkenntnis ist auch die Einschätzung, dass es Aufgabe des Staates ist, dem Ehrenamt Unterstützung und Hilfe zukommen zu lassen.“ Weil es bei der Frage nach dem Wie sehr unterschiedliche Auffassungen gebe, seien die ehrenamtlich Tätigen im Vorfeld in regionalen Werkstattgesprächen gezielt nach ihren Wünschen, Vorstellungen und Anregungen gefragt worden. Im Ergebnis wünschten sie sich vor allem Beratung, Information, Vernetzung, Austausch, Weiterbildung und finanzielle Unterstützung. „Das alles darf nicht bürokratisch sein, sondern muss unkompliziert gehen, schnell gehen, ohne Antragsfristen, ohne ausufernde Formulare.“ Ein Jahr lang sei die Ehrenamtsstiftung nun in diesem Sinne tätig. „Und nach einem Jahr ist es Zeit, Bilanz zu ziehen, ob diese Ziele erreicht worden sind.“

„Wir können heute eine positive Bilanz ziehen, die weit über meine optimistischen Erwartungen hinausgeht“, nahm **Erwin Sellering**, Ministerpräsident und Initiator der Stiftung, die Einladung an. „Der ehrenamtliche Vorstand hat über 425.000 Euro für 432 ehrenamtlich getragene Vorhaben bewilligt.“ Hinzu kämen fast 140 Beratungsgespräche, mehr als 50 Info-Veranstaltungen, fast 50 Seminare und Workshops



Foto: Jens Büttner

zur Weiterbildung sowie sechs landesweite Austauschforen und Fachtagungen. „Ich verstehe nicht, wie Fraktionen da stillsitzen und keine Hand rühren, wenn man sich so für Ehrenamtliche einsetzt“, monierte er, nachdem sich die Grünen nicht am Applaus dazu beteiligt hatten. Um ihren Aufgaben nachkommen zu können, brauche die Stiftung ein „schlagkräftiges Team sehr kompetenter Fachleute“. „Und die sind alle ihr Geld wert“, sagte er und spielte damit auf die häufig geäußerte Kritik an den hohen Personalkosten für die hauptamtlichen Mitarbeiter an. Angesichts der „positiven Rückmeldungen“ der Ehrenamtlichen forderte SELLERING die Grünen auf, „endlich ihre Blockadehaltung“ gegenüber der Stiftung aufzugeben. „Geben Sie sich einen parteipolitischen Ruck und machen Sie mit bei der Unterstützung von Tausenden Ehrenamtlichen hier im Land.“

Jetzt schon Bilanz zu ziehen – das halten die Linken für verfrüht. „Ich maße mir nicht an, nach nur einem Jahr zu sagen: Daumen hoch oder Daumen runter“, erklärte **Jeannine Rößler**. Das „anhaltende Schulterklopfen der Landesregierung“ sei „unangebracht“. „Es muss selbstverständlich sein, das Ehrenamt in allen Bereichen nach Kräften zu stärken. Ob dabei die Stiftung das richtige Instrument ist, wird sich in den nächsten Jahren zeigen.“ Sie erinnerte daran, dass „effektivere Alternativen“ nie geprüft worden seien. Rößler zeigte sich überzeugt, dass die Mitarbeiter „eine engagierte Arbeit“ leisten. Gleichwohl würden die Angebote noch nicht überall wahrgenommen. „Mir begegnet immer noch, dass viele Vereine und aktive Menschen kaum oder gar nichts von den Möglichkeiten der Stiftung wissen. Hier muss noch etwas getan werden.“ Die Stiftung sei ein gutes Beispiel dafür, dass das, was politisch gewollt ist, auch finanzierbar sei, so Rößler. „Diesen politischen Willen wünschten wir uns auch an anderen entscheidenden Stellen.“

„Es ist eine gute Sache, dass wir – der Landtag, die Landesregierung, mit Unterstützung von SPD, CDU und Linken – jetzt eine Struktur haben, die sich für das Ehrenamt einbringt“, unterstrich **Torsten Renz** (CDU). Das kleinzureden, sei „unsäglich“. Er warf den Grünen vor, „alte Fakten aufzuwärmen“, nachdem diese im Vorfeld der Aussprache einmal mehr das Verhältnis zwischen Gehaltsstruktur und Fördersumme kritisiert hatten. Das diene weder der Sache, noch tue es dem Ehrenamt gut, so Renz. „Sie sind reflexartig gegen alles. Sagen Sie mal endlich, wofür Sie sind! Und lassen Sie die unsäglich Diskussionen.“ Gerade vor dem Wahlkampf müsse niemand überrascht sein, dass der ein oder andere hier versuche, sich etwas besser darzustellen.

Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement

Eisenbahnstraße 8, 18273 Güstrow
Tel. 03843 77499-0
Fax 03843 77499-21
kontakt[at]ehrenamtsstiftung-mv.de
www.ehrenamtsstiftung-mv.de

Seine Empfehlung an „alle Seiten“ bei diesem Thema: „den Ball vielleicht etwas flach zu halten“. Den Grünen gab er abschließend folgenden Tipp: „Wenn man sich einbringen und Veränderungen mit herbeiführen will, dann sollte man die Gremien, insbesondere das Kuratorium, nutzen.“

„Von den 1,4 Millionen, die der Ehrenamtsstiftung seitens des Landes zufließen, verschlingt alleine die Geschäftsstelle 480.000 Euro. Das ist mehr als ein Drittel“, empörte sich **Tino Müller** (NPD). Er warf dem Ministerpräsidenten außerdem vor, „wichtige Posten mit SPD-Leuten“ besetzt und damit ein „zusätzliches Versorgungswerk für Politbonzen“ geschaffen zu haben. Gleichzeitig werde langjährigen ehrenamtlichen Vereinen „quasi über Nacht“ die „Existenzberechtigung“ entzogen, monierte er unter Verweis auf die Auflösung des Vereins „Netzwerk freiwilliges Engagement MV“. „Sie wollen das Ehrenamt fördern? Dann schaffen Sie endlich Ihre Parteienbuchwirtschaft ab! Ihre Ehrenamtsstiftung war von Beginn an eine politische Bankrotterklärung.“

„Jetzt haben wir reichliches Lob für die Ehrenamtsstiftung gehört. Und auch ein präventives Bashing der Bündnisgrünen-Fraktion. Dafür, dass sie es wagt, nicht zu applaudieren, sondern den Prozess kritisch zu begleiten. Guten Morgen, Herr SELLERING: Wir sind die Opposition und wir dürfen das. Das ist sogar unser Auftrag!“, sagte **Silke Gajek** von den Grünen. Ja, es sei „schön“, dass kleinere Initiativen nun „leichter an Geld“ kämen und „mehr Beratung und Weiterbildung“ erhielten. „Aber schade, dass das schon alles gewesen sein soll.“ Anstatt ein Forum für die Entwicklung von ehrenamtlichem Engagement zu eröffnen, habe die Landesregierung lediglich ein „Service-Center“ aufgebaut. „Darum hat die Ehrenamtsstiftung weder Vision noch Impulse für unsere Zivilgesellschaft.“ Außerdem sei sie aufgrund ihrer Struktur viel zu nah an der Staatskanzlei dran, um „unabhängig“ und „gemeinnützig“ sein zu können. „Das geht am Wesen des Engagements völlig vorbei.“

Stationen bleiben dicht

Koalition lehnt Volksinitiative zur Klinik
in Wolgast ab

Die Schließung der Gynäkologie und Geburtshilfe sowie der Kinderstation am Krankenhaus Wolgast wird nicht rückgängig gemacht. SPD und CDU haben einen entsprechenden Antrag der Volksinitiative zum Erhalt beider Stationen abgelehnt. In einer parallel dazu verabschiedeten Entschließung forderte der Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen jedoch die Landesregierung auf, die medizinische Versorgung in der Region „rund um



Am 18. Mai führten der Sozialausschuss und der Petitionsausschuss eine gemeinsame öffentliche Anhörung zum Antrag der Volksinitiative „Kinderstation Wolgast“ durch.

Foto: Cornelius Kettler

die Uhr“ sicherzustellen, insbesondere für Kinder. Dem vorausgegangen war eine kontroverse Diskussion über Sinn, Zweck und Folgen der Schließung.

„Der Sozialausschuss hat zum Antrag der Volksinitiative eine öffentliche Anhörung durchgeführt“, berichtete die Ausschussvorsitzende **Martina Tegtmeier**. Im Ergebnis der Beratungen empfehle der Ausschuss dem Landtag, den Antrag abzulehnen sowie „einer umfangreichen Entschließung“ zuzustimmen. „Mit der Entschließung werden die Bestrebungen des Sozialministeriums unterstützt, durch eine verantwortliche Krankenhausplanung die Standorte in Wolgast und Anklam zu stärken und für die Zukunft zu sichern.“ Hierbei sehe der Ausschuss aber durchaus noch „Handlungsbedarf“. Tegtmeier appellierte dabei an alle Beteiligten, konstruktiv zusammenzuarbeiten zum Wohle der Patienten. Ziel müsse es sein, auch für Kinder eine ganztägige medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Die Schließung zurückzunehmen, wäre aus Sicht von Sozialministerin **Birgit Hesse** „der völlig falsche Weg“. „Oberstes Ziel war und ist es, die beiden Krankenhausstandorte Anklam und Wolgast zu erhalten. Und dafür war es dringend notwendig, die Leistungsspektren beider Häuser untereinander abzustimmen“, verteidigte sie die Schließung der beiden Abteilungen in Wolgast. Es sei nachvollziehbar, dass solch eine Entscheidung bei Bürgern auch zu Bedenken und Ängsten führe. „Wer die Krankenhausstandorte jetzt aber im Affekt schlechtredet, erweist der Region einen Bärendienst.“ Sie räumte ein, dass die kindermedizinische Versorgung in manchen Teilen der Insel Usedom nun „schwieriger“ geworden sei. „Genau deshalb setze ich mich aber ja auch so vehement dafür ein, zusätzliche Angebote in Wolgast zu installieren.“ In einem ersten Schritt werde ab Oktober eine ambulante Anlaufpraxis ihre Arbeit in Wolgast aufneh-

men. „Und auch für die Insel Usedom bemühen wir uns um weitere Verbesserungen.“ Gespräche mit den Kinder-Reha-Kliniken und der Kassenärztlichen Vereinigung seien bereits aufgenommen.

Für **Maika Friemann-Jennert** (CDU) ist das Engagement der Bürgerinitiative ebenfalls verständlich. „Wer verabschiedet sich schon gern von Dingen, die er gewohnt ist?“ Medizinische Fortschritte, Bevölkerungswandel und wirtschaftliche Aspekte machten jedoch Veränderungen unumgänglich. „Laut der Ärztekammer ist die Schließung der Abteilungen in Wolgast eine Katastrophe. Aus meiner Sicht wäre es eine Katastrophe, wenn am Ende beide Krankenhausstandorte verloren gingen.“ Und genau das hätte ohne Spezialisierung langfristig gedroht. „Das bestätigten uns auch die Krankenkassen.“ Sie bemängelte, dass eines in der Debatte „völlig ins Hintertreffen“ gerate: der Ausbau der Geriatrie in Wolgast. „Das Kreiskrankenhaus hat dadurch eine ausreichende wirtschaftliche Perspektive.“ Und wenn man nach Anklam schaue, laufe die Kinderstation dort „sehr gut“ und auch die Geburtenzahlen stiegen an. „Wir sind daher der Meinung, dass es die richtige Entscheidung war, die Fachabteilungen zu konzentrieren. Ein Wiedereröffnung wäre auch aus rechtlicher Sicht sehr zu bedenken.“

Torsten Koplín (DIE LINKE) sieht das anders. „Wer A sagt, muss nicht B sagen, wenn er erkannt hat, dass A falsch ist“, zitierte er Bertolt Brecht. Seine Fraktion lehne die Beschlussempfehlung „mit Entschiedenheit“ ab. Dass sinkende Fallzahlen einen sinkenden Bedarf anzeigten, sei eine „eindimensionale Betrachtung“ und lasse etwa demografische Entwicklungen völlig außer Acht. In der Anhörung sei zudem offenkundig geworden, „dass Patienten gezielt an Wolgast vorbeigeleitet wurden“. Das lege für ihn die Vermutung nahe, dass die Schließung der Fachabteilungen „langfristig

vorbereitet wurde“. Im Ergebnis möge sich vielleicht das Betriebsergebnis verbessern. Volkswirtschaftlich würden sich die Kosten jedoch erhöhen, wenn infolge langer Wege nun häufiger ein Rettungshubschrauber zum Einsatz kommen müsste. Kritik übte er auch am Umgang mit der Volksinitiative. So solle über den Antrag befunden werden, obwohl die Protokolle der Anhörung noch gar nicht vorliegen. Das halte er für problematisch für alle, die nicht bei der Anhörung dabei waren. „Ich frage mal, ob Sie wissen, was Sie da beschließen wollen?!“

„Lieber Herr Koplin, Sie dribbeln hier wie ein Wilder mit kleinsten Details und Interpretationen aus der Anhörung. Sie spielen jedoch aufs falsche Tor“, erwiderte **Julian Barlen** (SPD) in Anspielung auf die Fußball-EM. Ohne Anpassungen hätte Wolgast „ein viel größerer Verlust“ gedroht. „Das hat auch in der Anhörung niemand bestritten.“ Barlen erinnerte daran, dass es die Klinikträger von Anklam und Wolgast selbst gewesen seien, die die Umstrukturierungen beantragt hätten und im Zuge dessen 9,5 Millionen Euro in Wolgast investiert würden: für die Sanierung des Bettenhauses, für eine zentrale Notfallversorgung, mehr Palliativmedizin und eine geriatrische Tagesklinik. „Wer da ein rein schwarzes Bild von Wolgast zeichnet, verschließt bewusst die Augen vor diesen stärkenden Maßnahmen.“ Anstelle des gesamten „Versorgungsnetzwerks“ nur „ein stationäres Angebot an einem Standort“ in den Blick zu nehmen – das sei eindimensional. Seine Fraktion werde im Sinne einer „langfristig sicheren Versorgung“ auch künftig „gute und neue Kooperationen“ unterstützen, denn davon profitierten Angestellte und Patienten gleichermaßen, so Barlen.

Michael Andrejewski (NPD) bezeichnete das Vorgehen der Landeregierung gegenüber dem Wolgaster Krankenhaus als „grob fahrlässig“. Die Insel verzeichne pro Jahr knapp fünf Millionen Übernachtungsgäste. „Sich im Susi-Sorglos-Stil darauf zu verlassen, dass diese vielen Menschen alle schön gesund bleiben werden, ist absurd.“ Anstatt die Klinik „zu verküppeln“, hätte man sie nach Auffassung seiner Fraktion „ausbauen müssen“. Die Regierung setze jedoch den Wirtschaftsfaktor Tourismus lieber „überflüssigen Risiken“ aus, „um der Universitätsmedizin Greifswald einen Gefallen zu tun“. „Das passt aber in die herrschende Anti-Gesundheitspolitik“, in der man auch schon auf einen Termin beim Facharzt so lange warten müsse, „bis man ein akuter Notfall ist“. All das sei Ausdruck dafür, „dass die Gesundheitsversorgung und der Tourismus in der Hand von egoistischen Profitinteressen sind und das Allgemeinwohl überhaupt keine Rolle mehr spielt“.

„Wie schön, dass es uns allen gut geht und niemand von uns schwanger in der Warteschleife sitzt“, kommentierte **Silke Gajek** von den Grünen die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses. „Das ist also das Maß der Dinge: die Finanzen. Ich hatte Krankenhausplanung so verstanden, dass auch der Bedarf betrachtet werden muss.“ Für die Risiken, die längere Wege mit sich brächten, wolle natürlich niemand einstehen. „Jedes Kind, das stirbt oder gesundheitliche Schäden davon-

trägt, ist ein kleiner Mensch zu viel. Und das bewegt mich!“ Gajek verwies auf Zahlen, die der Präsident der Ärztekammer in der Anhörung genannt habe. „Zum Zeitpunkt der Anhörung hat es vier tote Babys gegeben. Mittlerweile sollen es fünf sein“, sagte sie unter Protest vieler Abgeordneter. „Die Zahlen müssen benannt und auch diskutiert werden.“ Sie bedauerte, dass die Verantwortlichen nicht die Chance genutzt hätten, „eine Modell-Versorgungsregion“ umzusetzen, in der ambulante und stationäre Bereiche „transparent“ kooperieren. Sie forderte, hier nachzubessern. „Der Entschließungsantrag reicht mir da nicht.“

Er habe in der Anhörung, abgesehen vom Präsidenten der Ärztekammer, niemanden erlebt, der die toten Babys „ins Feld geführt“ habe, wandte **Jörg Heydorn** (SPD) ein. „In der Anhörung sind eine Menge Dinge gesagt worden, bei denen man sagen muss, die Wahrheit sieht wahrscheinlich etwas anders aus.“ Die Urlaubsregion herunterzureden, sei ebenfalls nicht zielführend. „Es gibt andere Urlaubsregionen, Skandinavien zum Beispiel, da ist die Krankenhausdichte überhaupt nicht zu vergleichen – und es funktioniert auch.“ Den Linken warf er vor, keine „konsistente Richtung“ zu vertreten. „Sie drehen sich gerade so in die Richtung, woher der Wind weht.“ Zusammenfassend wandelte er das Brecht-Zitat dahingehend ab: „Wer A sagt, kann auch B sagen, wenn er der Meinung ist, dass A richtig gewesen ist. Und wir sind überzeugt, dass das, was in der Sache herausgekommen ist, richtig ist.“

Antrag Volksinitiative Drucksache 6/5357

Beschlussempfehlung Sozialausschuss Drucksache 6/5477

Gibt es (k)einen Zukunftsvertrag?

Kontroverse Debatte zu den Kommunal финанzen

Wenn eine Wahlperiode zu Ende geht, dann liegt es in der Natur der Sache, Bilanz zu ziehen. Das macht die Regierung. Das macht die Opposition. DIE LINKE hat dazu unter anderem die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in den Blick genommen und fragt die Regierung: Wo bleibt der versprochene Zukunftsvertrag mit den Kommunen? Im Koalitionsvertrag unter Punkt 326 vereinbart, sollte er wesentliche finanzielle Punkte zwischen Land und Kommunen regeln, darunter die Ausgestaltung des Konsolidierungs- und Kofinanzierungsfonds. Bislang liege solch ein Papier jedoch nicht vor, monierten die Linken und beantragten eine Aussprache, um der Koalition auf den Zahn zu fühlen – und deren Regierungsarbeit abzuwatschen.



Foto: Jens Büttner

Auch die Straßenbeleuchtung gehört in die Verantwortung der Kommunen.

„Meine Fraktion hat das Projekt ‚Zukunftsvertrag‘ von Beginn intensiv und mit zunehmender Sorge begleitet. Heute wissen wir: Unsere Befürchtungen waren mehr als berechtigt“, bilanzierte **Helmut Holter**, Fraktionsvorsitzender der Linken. Bei allen Anträgen und Anfragen seiner Fraktion habe das Innenministerium immer wieder bekräftigt, dass intensiv an dem Vertrag gearbeitet werde. „Fakt ist, dass dem Landtag bis zur heutigen, also vorletzten, Sitzung ein Zukunftsvertrag nicht vorliegt.“ Holter bezeichnete das als „Ausdruck einer gescheiterten Regierungspolitik gegenüber den Kommunen“. Sein Eindruck: Anstatt das Papier „erhobenen Hauptes zu Grabe zu tragen“, wolle die Koalition es „klammheimlich verscharren“. Für ihn stehe der Umgang mit dem Vertrag symbolisch für die „Arroganz“ der Koalition gegenüber der Opposition und parlamentarischen Verfahren. Überdies stecke in den bisherigen Arbeitsschritten „Manpower“. „Über den gescheiterten Zukunftsvertrag nun nicht einmal sprechen zu wollen, legt sehr schnell die Spur auf eine Verschwendung öffentlicher Gelder.“

„Ja, es gibt keinen offiziellen Zukunftsvertrag zwischen dem Land und den Kommunen“, räumte Innenminister **Lorenz Caffier** ein. „Aber genauso klar sage ich: Nein, es handelt sich nicht um Regierungsversagen.“ Einen Vertrag zu verabschieden, dauere manchmal länger, als gedacht. „In der Zwischenzeit haben wir einfach Schritt für Schritt den Inhalt, der darin vorgesehen war, umgesetzt, so dass es heute eines formellen Zukunftsvertrages gar nicht mehr bedarf.“ So habe das Land den Kommunen in den vergangenen fünf Jahren zusätzlich zum kommunalen Finanzausgleich 410 Millionen Euro für Konsolidierung und Investitionen gezahlt und weitere 50 Millionen Euro über das Kofinanzierungsprogramm zur Verfügung gestellt. „Das war ein großer Kraftakt der Landesregierung. Jeder Versuch, das klein- oder schlechtzureden, ist wirklich lächerlich.“ Aus Caffiers Sicht sei der Zukunftsvertrag „sogar übererfüllt“. „Man muss schon ein ziemlich frustrierter und fantasiebegabter Oppositionsabgeordneter sein, um daraus ein Regierungsversagen zu konstruieren.“

Für **Heinz Müller** (SPD) gibt es viele Gründe, „nicht den einen großen, alle Fragen umfassenden Zukunftsvertrag zu machen“. Einer davon sei „Flexibilität“. Es nütze niemandem,

lange Zeit über einen großen Vertrag zu verhandeln, der am Ende beim Unterschreiben schon an der „einen oder anderen Ecke“ veraltet sei. Gleichwohl habe das Land aber „eine ganze Reihe“ von Konsolidierungsverträgen abgeschlossen, zum Beispiel mit Schwerin, Wismar und Landkreisen. Der angekündigte Kofinanzierungsfonds sei ebenfalls umgesetzt worden. Dieses Geld komme den Kommunen dann zugute, wenn sie die Möglichkeit hätten, Fördermittel zu bekommen, die dafür nötigen Eigenmittel aber nicht aufbringen können. „Wir haben damit auf kommunaler Ebene fast 230 Millionen Euro Investitionen ausgelöst. Wenn das ein Ausdruck von gescheiterter Regierungspolitik ist, dann scheitere ich gern, Herr Holter!“ Er bezweifelte, dass es im Sinne der kommunalen Verbände sei, wenn die Linken versuchten, die „Leiche“, wie Müller den Zukunftsvertrag nannte, zu reanimieren. „Die kommunalen Verbände rufen nicht nach diesem Vertrag.“

„Das Herz unserer Demokratie schlägt in unseren Kommunen. Aber das Herz der großen Koalition schlägt nicht für unsere Städte und Gemeinden“, befand **Johannes Saalfeld** (B' 90/DIE GRÜNEN). „In den vergangenen fünf Jahren wurden diese an so kurzer Leine gehalten, dass vor Ort vor allem die Verwaltung des Mangels auf der Tagesordnung stand.“ Wie „prekär“ die Situation sei, machten die zusätzlich ausge-reichten 410 Millionen Euro deutlich, die nach Meinung der Grünen nichts anderes als „Notpakete“ und keinesfalls mehr als „ein Tropfen auf den heißen Stein“ gewesen seien. Davon könnten Kommunen weder ihren Investitionsstau noch ihre strukturellen Defizite in den Finanzen abbauen. „Aber anstatt die Finanzierung der Kommunen auf verlässliche Füße zu stellen“, hätten SPD und CDU die 2011 im Koalitionsvertrag vereinbarte und „dringend notwendige“ Novelle des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes auf 2018 verschoben. „Das finde ich bedauerlich.“

Wenn man den Oppositionsparteien zuhöre, könne man meinen, „es geht um des Kaisers Bart“, entgegnete **Marc Reinhardt** (CDU). Zu kritisieren, dass es keinen unterschriebenen Vertrag gebe, sei vielleicht noch hinnehmbar. „Daraus aber ein Scheitern der Regierungspolitik abzuleiten, finde ich sehr vermessen.“ Wenn über die Zukunft der Kommunen geredet werde, dann gehe es um mehr Geld, um Konsolidierung und auch um das neue Finanzausgleichsgesetz. „Und in all den Feldern sind wir in den letzten fünf Jahren durchaus vorangekommen.“ Seine Fraktion habe sich immer dafür eingesetzt, Probleme in den Kommunen auch mit zusätzlichem Geld aus dem Landeshaushalt zu lösen. „Insofern kann ich nicht so ganz erkennen, wo Sie da ein Scheitern der Regierungspolitik ausmachen. Wenn Sie sich so einen Punkt

Die Debatte im Wortlaut



Nachdem alle Fraktionen einmal gesprochen hatten, meldeten sich weitere Redner zu Wort. Die gesamte Debatte zum Nachhören finden Sie auf dem Youtube-Kanal des Landtages unter www.landtag-mv.de. Dort gibt es auch das Wortprotokoll der Sitzung zum Nachlesen.

rausgreifen und meinen, weil der Vertrag nicht vorliegt, ist die Regierungspolitik gescheitert, ist aus meiner Sicht nur eins gescheitert: Ihre Oppositionspolitik.“

Udo Pastörs, Fraktionsvorsitzender der NPD, warf der Landesregierung vor, mit ihrer Politik „ein Pferd totzureiten, das kommunale Selbstverwaltung heißt“. Daran ändere auch „das Schönreden von Herrn Caffier und Herrn Müller wenig“. „Warum ist es denn notwendig, 410 Millionen aus der Steuerkasse den Kommunen als Nothilfen zur Verfügung zu stellen? Weil Sie unredlich wirtschaften!“, hielt er der Koalition vor. Kommunale Selbstverwaltung lasse sich nur dann „mit Leben füllen“, wenn neben Pflichtaufgaben auch freiwillige Anliegen möglich seien. Das wiederum hänge entscheidend von einem „vernünftigen Finanzausgleichsgesetz“ für die Kommunen ab. „Aber das wollen Sie nicht. Sie wollen zentral Macht und Einfluss behalten – und dagegen wehrt sich die NPD.“

Kleine Füße, lange Wege

Grüne prangern lange Schulwege im Land an

Die Grünen sorgen sich um die Schüler im Land. Rückläufige Schülerzahlen hätten in den vergangenen Jahren das Schulnetz derart ausgedünnt, dass Kinder und Jugendliche nun erheblich längere Schulwege in Kauf nehmen müssten. Das gehe nicht nur zulasten von Freizeit, sondern mindere auch die Konzentrationsfähigkeit. Um dem entgegenzuwirken, forderte die Fraktion unter anderem niedrigere Mindestschülerzahlen, gesetzlich normierte Schulwegezeiten, Zuschüsse von bis zu 150 Euro zum monatlichen Elternbeitrag für freie Schulen sowie einen Rechtsanspruch auf Beschulung an der nächstgelegenen Schule – auch wenn sich diese in freier Trägerschaft befindet. Der Antrag wurde von den anderen Fraktionen geschlossen abgelehnt.

„Wenn man sich die Entwicklung des Schulnetzes in den letzten zehn Jahren ansieht, dann bleibt nur ein Fazit: Die Schulwege werden immer länger, die Zahl der Schulen nimmt kontinuierlich ab, und die Schülerzahlen an den verbleibenden Schulen steigen immer weiter. Diese Entwicklung kann nach Überzeugung der Grünen so nicht weitergehen“, begründete **Ulrike Berger** (B' 90/DIE GRÜNEN) den Antrag. In den vergangenen zehn Jahren seien 120 Schulen im Land geschlossen worden. „Hier fand ein Konzentrationsprozess auf dem Rücken der Schüler statt. Und diesen wollen wir Grüne stoppen.“ Es könne nicht sein, dass ausgerechnet das am dünnsten besiedelte Bundesland besonders hohe Schülermindestzahlen habe. Den Preis für diese „Spar-

Foto: Jens Böttner



politik“ zahlten die Schüler mit Schulwegen von bis zu zwei Stunden am Tag. Selbst diese Höchstgrenzen würden häufig nicht eingehalten. „Das sagen Schüler, das sagen Eltern, und das sagt auch der aktuelle Bericht des Bürgerbeauftragten.“ Deshalb sei es notwendig, „alle Maßnahmen zu ergreifen, die diese Situation mit einem verhältnismäßigen Kostenaufwand verbessern.“

„Wie viele Schulen sind denn in den letzten fünf Jahren geschlossen worden?“, fasste Bildungsminister **Mathias Brodkorb** nach. „Ich persönlich kann mich an nicht eine erinnern!“ Er unterstrich, dass in besonderen Fällen durchaus Ausnahmen von der Mindestschülerzahl möglich seien. Andernfalls würde es etwa auf Hiddensee gar keine Schule geben. „Sie wollen diesen Ausnahmefall jedoch zum Regelfall machen.“ Das würde nicht nur „enorm viel Geld kosten“. Rein rechnerisch könnten die verfügbaren Lehrer dann auch nicht mehr alle Fächer und Vertretungen abdecken. „Ihr Vorschlag ist für einen Schulleiter ein Graus.“ Die Studien, die die Grünen als Bestätigung für zu lange Schulwege vorgelegt haben, seien für ihn keine „ernst zu nehmende Diskussionsgrundlage“. In mindestens der Hälfte der Fälle seien die Wege nur halb so lang wie ausgerechnet, so Brodkorb. Die Menschen trotz steigender Schülerzahlen mit einer Debatte über Schulschließungen zu verunsichern, sei „absurd“ und nichts anderes als grüner Wahlkampf.

Für **Marc Reinhardt** (CDU) ist der Antrag „ein Sammelsurium aus Anträgen“, die die Grünen die ganze Legislaturperiode über gestellt haben. Dass die Schulstandorte seit 1990 um die Hälfte reduziert wurden, sei „nicht sehr verwunderlich“, wenn man bedenke, dass es 1996 noch 32.000 Schulabgänger gegeben habe und zehn Jahre später nur noch 10.000. Wer aber auf die letzten fünf Jahre zurückblicke, werde feststellen, dass in dieser Zeit keine Schule geschlossen wurde. Auch in den „nächsten vier, fünf Jahren“ sehe er aufgrund steigender Schülerzahlen „so gut wie keinen Schulstand-

ort gefährdet“. Reinhardt verwies darauf, dass es Aufgabe der Kreise und kreisfreien Städte sei, zeitliche Obergrenzen für Schulwege festzulegen. „Dort sind in den meisten Satzungen 40 Minuten für die Grundschule und 60 Minuten für weiterführende Schulen festgeschrieben.“ Das zu ändern, obliege den Kommunen – „dürfte dann aber nicht ganz unerheblich in die Kreiskasse schlagen“. Bezugnehmend auf die geforderten Zuschüsse zu den Elternbeiträgen für freie Schulen sagte er: „Wir sollten hier nicht anfangen, Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft gegeneinander auszuspielen.“

Für **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) zeichnen die Forderungen der Grünen ein klares Bild der künftigen Schullandschaft: Das Netz der staatlichen Schulen wäre aufgelöst, örtliche Zuständigkeiten und Schulentwicklungspläne gäbe es nicht mehr, und in jedem „Klein-Kleckersdorf“ würde es eine freie Schule geben, für die der Staat den Eltern dann auch noch 150 Euro im Monat zahle. „Ich glaube, kein Kreis, keine kreisfreie Stadt und keine Landesregierung ist bereit, diese Forderungen umzusetzen.“ Oldenburg kreidete den Grünen an, sich bei dem Vorstoß, die Schülermindestzahlen an Grundschulen von 20 auf 15 zu senken, „ungefragt“ an den Vorschlägen der Linken bedient zu haben. „Das finde ich nicht gut.“ Mit den Linken werde es auch keine Übernahme des Schulgeldes für freie Schulen und damit deren Besserstellung gegenüber den staatlichen Schulen geben. Ihre Fraktion wolle „ein dichtes Schulnetz“ und dass alle Schüler, unabhängig von Kilometergrenzen, kostenlos zu ihrer zuständigen öffentlichen Schule befördert werden. „Da das mit diesem Antrag nicht möglich ist, lehnen wir ihn ab.“

Susann Wippermann (SPD) pflichtete den Grünen bei, dass Kinder, die längere Schulwege haben, „einer besonderen Belastung unterliegen“. Deshalb habe die Landesregierung das Ganztagschulprogramm ausgebaut. „Diese Form bietet einen guten Wechsel zwischen Lern- und Regenerationsphasen im Schulalltag.“ Natürlich sei es auch im Sinne der SPD, möglichst alle Schulen zu erhalten, gegebenenfalls auch mit Ausnahmeregelungen. „Aber von vornherein die Mindestschülerzahl nach Ihren Vorstellungen zu senken, ist schlichtweg nicht finanzierbar“ und gefährde neben dem Fachunterricht auch die vielfältigen Angebote von Ganztagschulen. Wer Zuschüsse zum Schulgeld für freie Schulen fordere, der ignoriere das Schulwahlrecht der Eltern. „Sie können sich scheinbar nicht vorstellen, dass Eltern sich auch bewusst für eine staatliche Schule entscheiden.“ Wippermann warf den Grünen vor, „bildungspolitische Versprechen“ zu machen, ohne zu sagen, wie diese finanziert werden sollen. „Das ist Populismus. Verantwortungsvolle Bildungspolitik sieht anders aus.“

Die NPD beteiligte sich nicht an der Debatte.

Antrag B' 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/5432

Weitere Beschlüsse

Gemeindefusionen

Gemeinden, die freiwillig fusionieren, sollen künftig eine „Hochzeitsprämie“ in Höhe von 200.000 Euro erhalten. Gemeinden, die Ende 2015 im Minus waren, wird im Zuge der Fusion ein weiterer Zuschuss von 400.000 Euro gewährt. Der Landtag hat dem Fusionsgesetz zur „Gemeinde der Zukunft“ mit den Stimmen von SPD und CDU zugestimmt. Grüne und Linke bemängelten, dass die Zusammenschließungen aus dem kommunalen Aufbaufonds bezahlt würden – also mit Geld, das den Kommunen ohnehin zustehe.

Gesetzentwurf CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/4846

Beschlussempfehlung Innenausschuss Drucksache 6/5476

Rundfunk-Staatsvertrag

Gemeinnützige Einrichtungen sollen künftig nur noch ein Drittel des Rundfunkbeitrags zahlen, also 5,83 Euro anstatt 17,50 Euro im Monat. Das sieht der 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag vor. Mit der Novelle können zudem ARD und ZDF ihr online-basiertes Jugendangebot für die Zielgruppe der 14- bis 29-Jährigen umsetzen. Auch die Regelungen zur Befreiung vom Rundfunkbeitrag sollen erleichtert werden. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben den 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag unterschrieben. Jetzt müssen noch die Landtage zustimmen. In M-V ist das am 8. Juni geschehen. Die insgesamt fünf geänderten Artikel sollen zum 1. Oktober 2016 bzw. 1. Januar 2017 in Kraft treten.

Drucksachen 6/5274 und 6/5473

NDR-Digitalradio

Der NDR kann in seinem digitalen Hörfunkprogramm nun auch rund um die Uhr Schlager senden. Im Gegenzug fällt dafür der Verkehrsfunk-Kanal weg. Der Landtag stimmte der Änderung des NDR-Digitalradio-Staatsvertrages zu. Auch Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein hatten ihr Okay dafür gegeben. Das neue Programm soll am 5. Juli unter dem Namen NDR Plus starten.

Drucksachen 6/5295 und 6/5475

Mahnverfahren

Die Hansestadt Hamburg überträgt das Bearbeiten von Mahnverfahren vom Amtsgericht Hamburg-Mitte auf das Amtsgericht Hamburg-Altona. Eine Umstrukturierung, die auch den hiesigen Landtag beschäftigte. Denn seit November 2005 werden in Hamburg auch die Mahnverfahren von Mecklenburg-Vorpommern bearbeitet. Der Landtag stimmte den Änderungen am 8. Juni zu.

Drucksachen 6/5294 und 6/5436

Datenüberwachung

Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sich an einem gemeinsamen norddeutschen Rechen- und Dienstleistungszentrum zur Verbrechensbekämpfung. Der Landtag hat einem entsprechenden Staatsvertrag mit Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Hamburg zugestimmt. Die zu

überwachenden Telefonverbindungen und Daten werden zentral vom Landeskriminalamt Niedersachsen erfasst und ausgewertet. Die Polizeibehörden der einzelnen Bundesländer sollen über Schnittstellen an das System angeschlossen werden. Das Rechenzentrum soll Anfang 2020 seine Arbeit aufnehmen.

Drucksachen 6/5297 und 6/5474

Landesrichtergesetz

Der Landtag hat mit Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN das neue Landesrichtergesetz beschlossen. Im Zuge der Novelle werden die Mitbestimmungsrechte von Richtern und Staatsanwälten bei organisatorischen und personellen Entscheidungen erweitert.

Drucksachen 6/4469 und 6/5437

Beamten-Besoldung

Beamte und Richter in M-V bekommen vom 1. September an zwei Prozent mehr Geld. Der Landtag hat den Anpassungen mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN zugestimmt. Die NPD enthielt sich. Im Juni 2017 soll es eine weitere Erhöhung um 1,75 Prozent geben. Für die Angestellten der Länder hatten sich die Tarifparteien bereits im März 2015 über die Anpassung der Tarifverträge geeinigt.

Drucksachen 6/5031 und 6/5388

Klimaschutz

Die Grünen sind mit ihrem Vorstoß gescheitert, Klimaschutzziele gesetzlich zu verankern. Nachdem SPD, CDU und NPD nach der ersten Lesung im März die Überweisung in die Ausschüsse abgelehnt hatten, wurde der Gesetzentwurf bei gleichem Stimmverhalten endgültig abgelehnt.

Gesetzentwurf B'90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/5194

Gleichstellungsgesetz

Statistische Daten werden auch weiterhin nicht per se nach Geschlechtern getrennt erhoben und ausgewertet. Der Gesetzentwurf der Linken zu einer entsprechenden Änderung des Gleichstellungsgesetzes scheiterte am Widerstand aller anderen Fraktionen. Weitere Vorschläge der Linken sahen vor, Gleichberechtigung nicht nur auf den öffentlichen Dienst zu beschränken, „eine geschlechtergerechte Sprache“ in Rechtsvorschriften zur Pflicht zu machen und bei Stellenabbau sicherzustellen, dass sich der Anteil von Frauen in Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, nicht verringert.

Gesetzentwurf DIE LINKE Drucksache 6/5198

Einsprüche zum Volksentscheid

Der Landtag hat sich am 8. Juni mit drei Einsprüchen gegen das Ergebnis des Volksentscheids zur Gerichtsstrukturreform befasst und diese mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Zwei Einspruchsführer hatten moniert, dass die Frage zum Volksentscheid missverständlich formuliert gewesen sei. Ein dritter bemängelte, dass im Amt Eldenburg-Lübz Abstimmungsbenachrichtigungen versandt wurden, aus denen der Gegenstand der Abstimmung nicht hervorgegangen sei.

Beschlussempfehlung Wahlprüfungsausschuss Drs. 6/5438

wählen gehen

Landtagswahl am 4. September

Am 4. September wird ein neuer Landtag gewählt. Die Wählerinnen und Wähler bestimmen, wer in den kommenden fünf Jahren für sie Politik in Schweriner Schloss macht. Mit unserer Serie wollen wir wichtige Fakten zur Wahl erklären.

Teil 5: Häufige Fragen

Wann ist die Stimmabgabe ungültig?

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, ■ für einen anderen Wahlkreis oder Wahlbereich gültig ist, ■ keine Kennzeichnung enthält, ■ mehr Kennzeichnungen enthält als die wählende Person Stimmen hat, ■ den Willen der wählenden Person nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder ■ zu einer oder mehreren Stimmen einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

Was bringt es, ungültig zu wählen?

Manche Wählerinnen und Wähler halten wählen für wichtig, können sich aber nicht für eine der zur Wahl stehenden Optionen entscheiden und wählen deshalb ungültig. Auf das Wahlergebnis allerdings hat die Abgabe einer ungültigen Stimme den gleichen Einfluss wie nicht wählen zu gehen – **nämlich keinen**. Sowohl für die Sitzverteilung als auch für die Prozentangaben im Wahlergebnis zählen nur die **gültigen** Stimmen.

Hilft, wer nicht wählt, den extremistischen Parteien?

Auch wenn immer gesagt wird, wer nicht wähle, wähle extrem – von der Nichtwahl profitieren rechnerisch gesehen alle Parteien, die man nicht gewählt hätte, und zwar proportional zu ihrem Stimmenanteil. Am stärksten schadet man natürlich der Partei, die man gewählt hätte, wäre man zur Wahl gegangen. Hinsichtlich der kleinen Parteien – und damit auch der extremen – gibt es noch den Zusatzeffekt, dass man durch Wahlenthaltung die Fünf-Prozent-Hürde ein Stück weit absinken lässt, so dass sie leichter zu überspringen ist. Insofern profitieren vor allem diese Parteien von Nichtwählern.



Der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ gehörten 21 Mitglieder an – neben Landtagsabgeordneten auch externe Sachverständige.

Foto: Jens Büttner

„Älter werden in M-V“

Enquete-Kommission des Landtages
beendet ihre Arbeit

Nach knapp fünf Jahren schloss die Enquete-Kommission in ihrer 47. Sitzung ihre Arbeit ab. Nach Verabschiedung des Ersten Zwischenberichts im April 2014 und des Zweiten Zwischenberichts Anfang 2016 beriet das 21-köpfige Gremium am 3. Juni den Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen zu den Themenfeldern „Bildung und Arbeit“, „Bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe“ und „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“.



Die Kommission sprach sich dabei u.a. für die Ausgestaltung eines flächendeckenden bedarfsgerechten Weiterbildungsangebots mit einem kommunalen Bildungsmanagement, für Flexibilisierung sowie stärkere Förderung von Prävention in der Arbeitswelt, für eine Entbürokratisierung kleinerer Projekte im bürgerschaftlichen Engagement, für die Stärkung der Teilhabekultur durch Vernetzung und partnerschaftlichen Dialog, für die Sicherstellung der Finanzierung von seniorenpolitischen Gesamtkonzepten und für ein flächendeckendes Regional-, Stadt-, Quartiers- und Dorfmanagement aus.

Auf der Grundlage von Anhörungen, Workshops und von der Enquete-Kommission in Auftrag gegebenen Grundlagenexpertisen entwickelte die Kommission in dieser Legislaturperiode bereits Empfehlungen zu den Themenfeldern „Wohnen im Alter“, „Mobilität“ sowie „Alter und Gesundheit/Pflege“ und erarbeitete Informationen zur Lebens- und zur Einkommens- und Vermögenssituation Älterer. In der letzten Sitzung äußerte sich der Kommissionsvorsitzende Jörg Heydorn sehr zufrieden mit Arbeitsweise und Ergebnissen der Kommission und dankte allen Beteiligten.

Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“

In seiner 8. Sitzung am 1. Februar 2012 hat der Landtag auf Antrag der Fraktionen von SPD und CDU die Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ eingesetzt (Drucksache 6/251). Ihr Auftrag: Dem Parlament Maßnahmen zu empfehlen, mit denen die Teilhabe- und Versorgungsansprüche der älter werdenden Bevölkerung umgesetzt werden können. Im Mittelpunkt standen dabei vor allem Soziale Sicherung im Alter, Alter und Gesundheit, altersgerechtes Wohnen, Pflege sowie Mobilität im Alter. Nach dem Einsetzungsbeschluss entfielen auf die SPD-Fraktion acht Mitglieder, auf die CDU-Fraktion sechs, auf die Fraktion DIE LINKE vier, die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwei Mitglieder und auf die NPD-Fraktion ein Mitglied. Bei einer Enquete-Kommission sind dies nicht nur Abgeordnete, sondern es gibt auch nichtparlamentarische Mitglieder. Jede Fraktion muss jedoch mindestens zur Hälfte durch Abgeordnete vertreten sein.

In dieser letzten Sitzung wurde dem Entwurf des Abschlussberichts mehrheitlich, bei einer Gegenstimme von der Fraktion der NPD, zugestimmt. Bis zum 17. Juni hatten die Kommissionsmitglieder die Gelegenheit, ggf. Sondervoten vorzulegen. In der Sitzung des Landtages am 8. Juli 2016 wird das Plenum über diesen Abschlussbericht beraten. (Drucksache 6/5610)

Danach soll eine gedruckte Dokumentation erscheinen, die alle drei Berichte der Kommission enthält und der eine CD mit allen Kommissionsunterlagen beigelegt werden soll.

Austausch mit Westpommern

Energie-, Infrastruktur- und Raumordnungspolitik in der Metropolregion Stettin

Am 1. und 2. Juni fanden letztmalig in der laufenden 6. Legislaturperiode gemeinsame Beratungen der für Energiefragen zuständigen Fachausschüsse des Landtages M-V sowie des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern statt. Damit ist das vom Landtag am 21. Juni 2012 erteilte Mandat, auf der Grundlage des Beschlusses zu Drs. 6/72 zur „Umfassenden Zusammenarbeit mit der Republik Polen auf dem Energiesektor“ erfüllt worden.

Vertreter des Energie- sowie des Wirtschaftsausschusses haben in Stettin Projektmöglichkeiten des Operationellen Programms INTERREG VA und die Energiepolitik und Förderung von Investitionen im Bereich Erneuerbare Energien auf

Woiwodschafts- sowie auf Konsumentenebene erörtert und sich über die Struktur, den Betrieb sowie die regionale und nationale Bedeutung des Flüssiggas-Terminals Swinemünde informiert.

Ein weiterer Beratungsschwerpunkt waren die Energie-, Verkehrs- und Raumordnungspolitik in der Metropolregion Stettin, in die auch das Land Mecklenburg-Vorpommern mit Arbeitsgruppen involviert ist, da diese Metropolregion grenzüberschreitende Auswirkungen hat. Im vergangenen Jahr haben polnische und deutsche Partner dazu ein Entwicklungskonzept erarbeitet, das wesentliche Handlungsfelder aufzeigt.

Das Resümee der gemeinsamen Sitzungen, das die jeweiligen Delegationsleiter als Protokoll unterzeichnet haben, enthält den politischen Appell, die fachspezifische Arbeit der Regionalparlamente auf Ausschussebene zukünftig fortzusetzen.

Rudolf Borchert, Vorsitzender des Energieausschusses von M-V, zeigte sich in Stettin positiv überrascht vom Tempo der Energiewende bei den polnischen Nachbarn: „Ich habe anfangs nicht vermutet, dass die Nutzung Erneuerbarer Energien in der Woiwodschaft Westpommern diese positive und vor allem zügige Entwicklung vollzieht“, so Borchert. Seit 2008 sei auf der Grundlage eines Masterplans die Nutzung der Erneuerbaren Energien um das 10fache gesteigert worden. Darüber hinaus sollen zum Jahr 2030 28.000 ha Woiwodschaftsfläche für Windeignungsgebiete mit einer Anlagenleistung von 2.200 MW ausgewiesen werden. Damit würde die Windeignungsfläche in Westpommern voraussichtlich deutlich größer sein als in Mecklenburg-Vorpommern. Rudolf Borchert: „Das zeigt uns, dass die Energiewende auch bei unserem Nachbarn stattfindet, auch wenn – national gesehen – derzeit dort noch die Kohlenutzung dominiert.“



Die Energieausschüsse des Landtages M-V und des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern bei ihrem Treffen Anfang Juni in Stettin.

Foto: Landtag M-V



Foto: Landtag M-V

Der Leiter des Landesarchivs Dr. Martin Schoebel stellte den Abgeordneten zunächst das Archivgebäude, eine ehemalige Kaserne, vor.

800 Jahre Geschichte

Bildungsausschuss besucht Außenstelle
des Landesarchivs in Greifswald

Das Landesarchiv in Greifswald wurde erst 1946 als Außenstelle des damaligen Mecklenburgischen Staatsarchivs Schwerin gegründet und ist damit noch ein sehr junges Archiv. Seit 2006 ist das Landesarchiv in Greifswald eine Institution des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern und für die archivarische Betreuung der Landesbehörden in den Landkreisen Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald zuständig. Im Rahmen seiner 96. Sitzung hat sich der Bildungsausschuss am 1. Juni in Greifswald über die Arbeit des Archivs informiert.

Der Leiter des Landesarchivs Dr. Martin Schoebel führte die Abgeordneten durch das Archiv und erklärte dabei unter anderem, dass sich in den Quellen des Landesarchivs 800 Jahre Geschichte spiegeln. Das älteste im Original erhaltene Dokument sei eine Urkunde des Bischofs Adalbert von Pommern für das neu gegründete Kloster Grobe und datiere aus dem Jahr 1159.

Landesarchiv Greifswald

Der Gesamtbestand des Landesarchivs umfasst mehr als 10.000 Urkunden, 8.500 Meter Akten und Handschriften, über 40.000 Karten, Pläne und Risse sowie eine zeitgeschichtliche Dokumentation, eine Foto- und Filmsammlung, Plakate und Drucke. Die Präsenzbibliothek enthält 24.000 Bände, darunter einen Sonderbestand älterer Drucke mit wertvollen Inkunabeln, umfangreiche graue Literatur zur DDR-Geschichte und eine wissenschaftlich bedeutende Sammlung zur Schiffbau- und Schifffahrtsgeschichte.

www.kulturwerte-mv.de

Etwa 700 Nutzer würden jährlich im Landesarchiv Greifswald recherchieren und forschen. Für die Landes- und Ortsgeschichte Vorpommerns seien insbesondere die schwedischen Landesaufnahmen von Pommern 1692-1709 eine wichtige Quelle zur Erforschung der Sozial- und Wirtschaftsstruktur dieses Raumes an der Wende des 17. zum 18. Jahrhundert. Im Rahmen zweier Projekte der Deutschen Forschungsgemeinschaft seien diese historischen Karten einschließlich der Beschreibungstexte aufbereitet und online gestellt worden.

Abschließend wies der Direktor des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege, Dr. Michael Bednorz, darauf hin, dass sich das Landesarchiv Greifswald seit seiner Gründung in einem ehemaligen Kasernengebäude befinde, das nicht die klassischen Anforderungen an ein Archivgebäude erfülle und damit auch nicht für die dauerhafte Aufbewahrung des Archivgutes geeignet sei. Ein Angebot für einen neuen Standort liege dem Land bereits vor. Eine endgültige Lösung dieses Problems werde in der kommenden Wahlperiode angestrebt.

Tourismus und Luftverkehr

Wirtschaftsausschuss besucht Internationales
Haus des Tourismus

Am 26. Mai besuchte der Wirtschaftsausschuss des Landtages das Internationale Haus des Tourismus in Rostock. Das moderne fünfgeschossige Bürogebäude am Stadthafen von Rostock war in den vergangenen zwei Jahren für rund 6,3 Mio. Euro gebaut worden und wird jetzt durch den Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern und zehn weitere Organisationen genutzt, darunter der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) M-V, das Jugendherbergswerk, der Bäderverband Mecklenburg-Vorpommern e. V., der Verein Landurlaub sowie die Koordinationsstelle Gesundheitstourismus.

TMV-Geschäftsführer Bernd Fischer begrüßte die Abgeordneten und informierte über die aktuelle touristische Entwicklung im Land. Fischer zufolge blicken etwa 81 Prozent der Tourismus-Unternehmen positiv auf die Hauptsaison. Mit 1,1 Millionen Ankünften und 3,87 Millionen Übernachtungen im ersten Quartal 2016 habe es einen erheblichen Zuwachs im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gegeben. Die stärkste touristische Destination im Land sei die mecklenburgische Ostseeküste, gefolgt von Rügen/Hiddensee und Usedom. Zunehmend an Bedeutung gewinne der Landurlaub, auch der Campingurlaub habe sich positiv entwickelt. Das Jahr 2015 sei das bisher erfolgreichste „Camping-Jahr“ gewesen. An Beliebtheit verloren habe das Land hingegen



Informationsbesuch beim Flughafen Rostock-Laage – Vertreter des Wirtschafts- und des Energieausschusses mit dem Geschäftsführer, Dr. Rainer Schwarz, und dem Verkehrsleiter, Oliver Damer.

Foto: Landtag M-V

als Radregion – M-V sei bei den beliebtesten Radregionen in Deutschland von Platz 3 auf Platz 8 gerutscht.

Nachdem Mecklenburg-Vorpommern erstmals 2014 Bayern von der Spitzenposition bei den beliebtesten Reisezielen der Deutschen verdrängt hatte, liege Bayern im Jahr 2015 wieder ganz knapp (0,1 Prozent) vorn. Allerdings konnte M-V das zweite Jahr in Folge mehr als eine Million Übernachtungen von ausländischen Gästen verzeichnen, vor allem aus Holland, der Schweiz, Dänemark und Schweden. Um noch mehr Touristen aus Österreich und der Schweiz ins Land zu locken, würden Charterflüge von Rostock-Laage nach Linz (Österreich) und Basel (Schweiz) angeboten.

Ziel des TMV sei es, so Fischer, in den kommenden Jahren gemeinsam mit seinen Mitgliedern die 30-Millionen-Marke bei den Übernachtungen anzustreben. Dabei wolle man die hohe Qualität der Angebote sichern und vor allem Neukunden für das Urlaubsland ansprechen.

Über die Entwicklung des Flughafens Rostock-Laage hatten sich die Wirtschaftspolitiker zusammen mit Vertretern des Energieausschusses am 19. Mai vor Ort von Geschäftsführer Dr. Rainer Schwarz informieren lassen. Der größte Verkehrsflughafen des Landes, der sowohl militärisch als auch zivil genutzt werde, biete für Geschäftsreisende zwei- bzw. dreimal pro Woche eine Verbindung nach Köln-Bonn bzw. Stuttgart, einmal wöchentlich nach Linz und seit dem 31. März eine tägliche Verbindung nach München. Ab dem 12. Juni seien sonntags sogar zwei Flüge nach München geplant. Zudem sei beabsichtigt, Geschäftsreiseverbindungen nach Frankfurt und Kopenhagen aufzubauen. Die Flugverbindungen nach Österreich sollen stabilisiert und ausgeweitet sowie zusätzliche Verbindungen in die Schweiz und in die Benelux-Staaten geschaffen werden. Darüber hinaus würden von Rostock-Laage Charterflüge in Urlaubsregionen angeboten, und seit Mai 2015 gebe es Zubringerflüge zu den Kreuzfahrten der Reederei Costa. Inzwischen konnten die Kreuzfahrt-Reedereien MSC und Pullmantur dazugewonnen werden. Im Jahr 2015 hätten etwa 190.000 Passagiere

die Flugverbindungen von Rostock-Laage aus genutzt. Um neue Flugziele und bessere Abflugzeiten anbieten zu können, sei geplant, ein Germania-Flugzeug ganzjährig zu stationieren.

Bei dem Flughafen-Termin war auch Laages Bürgermeisterin Ilka Lochner-Borst dabei. Sie informierte über die Entwicklung des Airparks Rostock-Laage. Während sich im Airpark Nord viele Unternehmen angesiedelt hätten, werde noch an einem neuen Konzept gearbeitet, um auch Unternehmen für den Airpark Süd zu gewinnen.

„Altanschießer- Problematik“

Öffentliche Anhörung im Innenausschuss
zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes

Bei der Änderung des Kommunalabgabengesetzes geht es in erster Linie um die Beitragspflicht von Eigentümern, deren Grundstück schon in der Vergangenheit, insbesondere zur Zeit der DDR, an eine Wasserversorgung oder Abwasserentsorgung angeschlossenen wurde („Altanschießer-Problematik“). Zur Anpassung der Landesregelung an die Bundes-Rechtsprechung hat der Innenausschuss am 26. Mai eine öffentliche Sachverständigen-Anhörung durchgeführt. Streitthema ist die geplante Fristverlängerung für die Beitragserhebung bis zum Jahr 2020.

Fritz Hildebrandt vom Aktionsbündnis Wasser/Abwasser, welches sich in der Hauptsache gegen Beitragsbescheide im Abwasserbereich und jetzt auch im Trinkwasserbereich

wendet, fand recht scharfe Worte für die geplante Gesetzesänderung: „... wenn Sie mit Ihren Fraktionen im Landtag diesem Gesetzentwurf zustimmen, machen Sie sich, glaube ich, mitschuldig am Betrug an allen Beitrags- und Gebührenzahlern; mitschuldig am Betrug an Ihren eigenen Wählern, denn diese Aufforderung an die Kommunen und Zweckverbände zu einem rechtswidrigen Verhalten ist Betrug und gehört eigentlich vor den Staatsanwalt. Sie repräsentieren damit keinen Rechtsstaat, sondern unterstützen rechthaberisches Durchsetzen rein fiskalischer Ziele Ihrer Regierung.“ Die Vertreter der Zweckverbände, die kommunalen Landesverbände sowie der zuständigen Richter am Obergericht Greifswald Klaus Sperlich sehen das ganz anders: „Gesetzgeberisches Nichtstun ist keine Option. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes, die Rechtsprechung befindet sich in einem Dilemma. Im Grunde haben wir im Augenblick im Bereich des Anschlussbeitragsrechts einen Zustand erreicht, den man umschreiben kann mit Stillstand der Rechtspflege.“

Peter Ohm vom Verband Deutscher Grundstücksnutzer wies auf ein aus seiner Sicht weiteres Problem bei der Kostenverteilung hin. Es drohe schon die nächste „Keule“ der sogenannten Erneuerungsbeiträge. Auch wenn dieses von vielen Stellen noch beschwichtigend bestritten werde, gebe es aber Signale aus einigen Zweckverbänden, die eben keine gute Haushaltsführung aufweisen könnten, dass die Kassen leer seien und entsprechende Investitionen getätigt werden müssten. Hier biete das Kommunalabgabengesetz eine entsprechende Möglichkeit, Erneuerungsbeiträge zu erheben. Er wolle den Bürgern diese weitere Beitragswelle ersparen. Dieser Absatz sollte grundsätzlich aus dem KAG Mecklenburg-Vorpommern gestrichen werden, so Ohm.

Der Innenausschuss hat am 23. Juni den Gesetzentwurf abschließend beraten. Seine Beschlüsse sehen vor, dass die sogenannten Altanschießer bis 2020 mit der Beitragserhebung rechnen müssen. Für nicht sachgerecht werde allerdings die parallele Erhebung von Erneuerungsbeiträgen gehalten, so dass diese Möglichkeit aus dem Gesetz gestrichen werden sollte.

*Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 6/5257
Beschlussempfehlung Innenausschuss Drucksache 6/5613*

Fraktionsloser Abgeordneter



Der bisherige CDU-Abgeordnete Detlef Lindner hat der Präsidentin des Landtages mit Schreiben vom 6. Juni 2016 mitgeteilt, dass er mit sofortiger Wirkung seine Mitgliedschaft in der Fraktion der CDU im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern beendet habe und bis zum Ende der Wahlperiode sein Mandat als fraktionsloser Abgeordneter ausüben werde.

Foto: Landtag M-V



Die Delegation des Landtages beim Parlamentsforum Südliche Ostsee in Kiel: v.l. Andreas Texter (CDU), Dr. André Brie (DIE LINKE), Jochen Schulte (SPD), Bodo Bahr (Landtagsverwaltung), Silke Gajek (B' 90/DIE GRÜNEN), Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp, Detlef Müller (SPD).

Zusammenarbeit fortsetzen

Parlamentsforum Südliche Ostsee tagte in Kiel

Vom 12. bis 14. Juni fand in Kiel auf Einladung des Schleswig-Holsteinischen Landtages das vierzehnte Parlamentsforum Südliche Ostsee statt. Rund 80 Abgeordnete, Verwaltungsmitarbeiter und Sachverständige berieten zu aktuellen, grenzüberschreitend relevanten Fragen der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. Im Ergebnis wurden konkrete Forderungen und Handlungsempfehlungen erarbeitet, die sich an die regionalen und nationalen Regierungen sowie die Europäische Ebene richten.

Als Sachverständiger aus Mecklenburg-Vorpommern stellte Prof. Dr. Palm von der Universität Rostock eine integrierte Aquakulturanlage vor, die auf große Resonanz stieß.

Delegationsleiterin **Beate Schlupp** resümiert: „Bemerkenswert ist die konstruktive und freundschaftliche Ebene der Zusammenarbeit, die wir in unseren Beratungen erreicht haben. Das agrarpolitische Thema der diesjährigen Jahreskonferenz passt zu unserer landespolitischen Schwerpunktsetzung.“ Sie hoffe, dass der Landtag der verabschiedeten Resolution noch in dieser Wahlperiode zustimmt. „Dann kann der neue Landtag nahtlos an unsere erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit anknüpfen.“ Als Initiator des Forums habe der Landtag Mecklenburg-Vorpommern eine besondere Verantwortung dafür, dass es weitergeht. Im Parlamentsforum Südliche Ostsee arbeiten die Parlamente von Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Schleswig-Holstein, Westpommern, Pommern, Ermland-Masuren und Kaliningrad zusammen. Die schwedische Region Schonen hat derzeit einen Beobachterstatus. Die nächste Jahreskonferenz wird im Jahre 2017 auf Einladung des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern in Stettin stattfinden.

Das war ein toller Tag!

Tausende kamen zum "Tag der offenen Tür" in den Landtag

„Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen.“ Dieses Kredo des Theaterdirektors im „Vorspiel auf dem Theater“ in Goethes Faust I war erneut das Konzept für den „Tag der offenen Tür“ im Landtag. Ob „Stammgäste“, die alle Jahre wieder aus diesem Anlass ins Schweriner Schloss kommen, ob Schwerinerinnen und Schweriner, ob Besucher aus ganz M-V oder Touristen – im vielfältigen Programm war für jeden etwas dabei. „Die große Resonanz im Jahr der Landtagswahl freut uns sehr“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider im Rückblick. „Viele Menschen kamen zwar auch mit kritischen Fragen, waren aber interessiert und diskussionsbereit.“



Auf der "WIR-Vielfaltsmeile" im Burggarten warben zahlreiche Vereine und Verbände für Demokratie und Toleranz.



Den Aufstieg in die Niklothalle ließ sich kaum ein Besucher entgehen.





Landtagsdirektor Armin Tebben, Architekt Tilman Joos und Landesarchäologe Dr. Detlef Jantzen (v. l.) stehen Rede und Antwort zum Baugeschehen im Schloss.
Foto: Angelika Lindenbeck



"SAMBAucada" von der Kreismusikschule Parchim/Lübz und die Bigband der Kreismusikschule Nordwestmecklenburg sorgten für tolle Stimmung.



Auch die Schlosskirche stand zur Besichtigung offen.



Informationen, Gespräche, Spaß und Unterhaltung für Groß und Klein gab es bei den Landtags-Fraktionen.





Nach der Gesprächsrunde fand die Preisverleihung zum Preisausschreiben „Petermännchen und das Welterbe“ des Welterbe-Fördervereins statt.

Foto: Angelika Lindenbeck

Kommt 2020 der Welterbe-Status?

Podiumsgespräch am „Tag der offenen Tür“ zum Stand der Schweriner Bewerbung

Schwerin als UNESCO-Welterbe? Warum nicht, sagte sich der Bürgerverein Pro Schwerin und trug im Jahr 2000 die Idee erstmals in die Öffentlichkeit. Seitdem hat sie viele Unterstützer gefunden und auch eine wichtige Hürde genommen: Auf die deutsche Vorschlagsliste hat es das Schloss- und Residenzensemble bereits geschafft. Doch wer Welterbe werden möchte, braucht Geduld, Geduld, Geduld. Im Falle von Schwerin noch ungefähr bis 2020. Bis dahin geht es darum, aus dem Wunsch überzeugende Argumente für das Welterbe-Komitee zu machen. Denn Welterbe zu werden, ist buchstäblich eine Wissenschaft für sich, wie das gut besuchte Podiumsgespräch am Tag der offenen Tür zeigte.

Märchenhaft. Traumhaft. Einzigartig. Attribute für das Schloss gibt es viele. Und im subjektiven Empfinden vieler Besucher gehört es „natürlich“ auf die Welterbeliste der UNESCO. Das allein macht aber noch lange kein Welterbe. Das Welterbe-Komitee will Argumente sehen. Stichhaltige Argumente, was denn so besonders an ihm ist. Denn Schlösser – und schöne noch dazu – die gibt es weltweit zuhauf. Was zählt, sind Alleinstellungsmerkmale. Und hier, das ist allen Beteiligten klar, kann das Schloss nicht für sich allein

stehen. „Damit hätten wir kaum die Chance gehabt, über die erste Hürde zu kommen“, ist sich Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** sicher. „Deshalb beziehen wir die Residenzbauten mit ein“, sagte Schwerins Oberbürgermeisterin **Angelika Gramkow** und meint zum Beispiel den Alten Garten, das Mecklenburgische Staatstheater, das Staatliche Museum, den Dom, das Neustädtische Palais, die Schleifmühle und den Marstall. Zusammen zeugen sie von der letzten Blüte höfischer Kultur im 19. Jahrhundert. Außerdem spiegelt sich darin auch der Lauf einer 1000-jährigen Geschichte wider – vom Herrschaftssitz der slawischen Obotriten über die Zeit der Herzöge bis zum Zentrum der Demokratie. Im Fokus der Antragsvorbereitung stehe derzeit die Frage: „Was passiert eigentlich im Europa des 19. Jahrhunderts“, ergänzte Kultusminister **Mathias Brodtkorb**. „Der Feudalismus kämpft mit europäischen Netzwerken gegen seinen Untergang.“ Und Schwerin sei ein stellvertretendes Beispiel dafür, denn auch hier habe die europaweit vernetzte Herrscherfamilie gegen ihren Untergang gekämpft. In Schwerin könnten Japaner also etwas über Europa lernen, so Brodtkorb. Die Frage, die er am häufigsten gestellt bekommt, wenn es ums Welterbe geht: Wann ist es denn nun soweit? „Zirka 2020, plus minus X“, antwortet er auch diesmal. „Das hört sich lange an, ist es aber nicht, wenn man sich gut vorbereiten will.“ Denn: Welterbe zu werden, das ist eine Wissenschaft für sich. Und das ist durchaus wörtlich zu nehmen, denn an der Hochschule Wismar soll dafür sogar eine Professur errichtet werden und voraussichtlich ab September ihre Forschungsarbeit aufnehmen. Veränderungen kündigte der Minister auch für die Ausstellungen im Schlossmuseum an. Der Plan: „eine wissenschaftlich fundierte Erlebniswelt“. Einen Welterbe-Titel zu erhalten, ist das eine. Das Welterbe zu bewahren, das andere. Auch hier will das Welterbe-Ko-

miter Fakten sehen. Deshalb muss sich Schwerin einen Plan machen, wie es sein Kulturerbe schützen und weiterentwickeln will. An diesem „Managementplan“ weiterzuarbeiten, sei nun eine vordergründige Aufgabe der Stadt, sagte Oberbürgermeisterin Gramkow. Mindestens genauso wichtig sei, die Bevölkerung mitzunehmen. An dieser Stelle setzt der vor gut einem Jahr gegründete Welterbe-Förderverein an – das Bindeglied zwischen all jenen, die offiziell für die Bewerbung zuständig sind, und der Öffentlichkeit. „Wir sind auf einem guten Weg“, resümierte Vereinsvorsitzender **Norbert Rethmann**. Nicht zuletzt auch deshalb, weil „Land, Stadt und Verein an einem Strang ziehen“. „Das ist nicht so gewöhnlich“, findet Rethmann. Er warb aber auch dafür, bei aller Euphorie mögliche Schattenseiten nicht aus dem Blick zu verlieren. Gerade in bauplanerischen Fragen und in Bezug auf die künftige Ausgestaltung der Schlossfestspiele sehe er noch „Diskussionen auf uns zukommen“.

Endspurt für neuen Plenarsaal

Podiumsgespräch gab zum „Tag der offenen Tür“ Einblick in den Stand der Arbeiten

Die beiden Zuschauertribünen lassen sich bereits erahnen, und an den Wänden schimmert schon der erste Goldfarbton. Der neue Plenarsaal hat, zum Tag des offenen Landtages für jedermann sichtbar, deutliche Formen angenommen. Warum er trotzdem später als gedacht fertig wird, die Archäologen nach langen Grabungen jetzt zu Schustern werden und der Goldene Saal dem Namen nach mehr Schein als Sein ist? Das erfuhren die Besucher bei einem Podiumsgespräch über den Stand der Bauarbeiten und der archäologischen Untersuchungen.

Bei Ausschreibungen mitzumachen, ist für Architekt **Tilman Joos** Alltag. Bei einer Ausschreibung wie dieser mitzubieten, nicht. „Es gibt nicht so viele Landtage in Deutschland, die man umbauen darf. Und es gibt nicht so viele Schlösser.“ Beides in Kombination – „das ist eine herausragende Möglichkeit“. Seit vier Jahren arbeiten unzählige Baufirmen und Handwerker daran, seine Entwürfe vom Papier in den einstigen Goldenen Saal zu übertragen. Ihre Aufgabe: Das Grundvolumen des Saals wieder freizustellen und gleichzeitig den Kreis des Plenums einzufügen. Der Rückbau ist inzwischen abgeschlossen. Der Ausbau auch. All das geschah bei laufendem Betrieb von Landtag, Museum, Kirche und Gastronomie, berichtet Landtagsdirektor **Armin Tebben**.

Wer den Tag der offenen Tür nutzte, um einen Blick in die Baustelle zu werfen, schaute auf hohe Wände, viele Fenster, große Gerüste und den Grundstock der beiden Zuschau-

ertribünen – und auf jede Menge Arbeit, die noch vor den Baufirmen liegt. Was die Besucher nicht sehen: Die komplette Büroetage, die im Stockwerk über der Baustelle neu geschaffen wurde und im September bezugsfertig sein soll. Das Technikgeschoss. Oder die fertige Decke, die noch mit einer Plastikfolie geschützt wird. Und was sie auch nicht sehen: viel Gold. Das wird auch so bleiben, sagt Tilman Joos. Denn: „Der einstige Goldene Saal ist in erster Linie ein weißer Saal gewesen, mit viel Stuck, der in Teilbereichen vergoldet war. Das ist auch das Bild, das wir wieder schaffen werden.“ Lediglich die alten Wandstrukturen werden golden hinter weißen Lamellen hervorlugen. Die prägenden Elemente werden die Zuschauertribünen sein, kündigte Armin Tebben an. „Die Besucher werden sehr nah am Geschehen sitzen und einen direkten Blick auf die Abgeordneten haben.“ Bislang sehen sie diese nur von hinten. Aber auch für die Abgeordneten werde sich einiges ändern: Anstatt wie in einem Klassenzimmer werden sie in einem „engen Rund zusammensitzen“.

Wann es so weit sein wird, das ist allerdings noch die Frage. Nachdem zwischenzeitlich ein Planer insolvent gegangen sei, könne die für Ende 2016 geplante Fertigstellung nicht eingehalten werden, so Tebben. Das bedeutet auch: Wenn sich der neu gewählte Landtag am 4. Oktober zu seiner konstituierenden Sitzung trifft, tagt er nicht im Schloss. Denn auch im bisherigen Plenarsaal werden dann Bauarbeiter wuseln. Deshalb würden die ersten beiden Sitzungen ins Foyer des Staatstheaters ausgelagert. Bis Dezember soll der bisherige Saal dann so weit hergerichtet sein, dass er provisorisch weitergenutzt werden kann.

Wenn man über die Bauarbeiten im Schloss spricht, dann kommt man auch an **Dr. Detlef Jantzen** nicht vorbei. Sein Arbeitsrevier liegt drei, vier Meter unter dem Pflaster vom

Foto: Cornelius Kettler



Petra Günther von der Bauabteilung des Landtages erklärt Besuchern die Plenarsaal-Baustelle.



Mitarbeiterinnen des Baureferates erklärten die Plenarsaal-Baustelle.

Schlossinnenhof. Der Landesarchäologe und sein Team haben die Kabeltrasse für den neuen Plenarsaal mit ihren Ausgrabungen begleitet – und einen Burgwall aus der Zeit von 941/942 freigelegt. „Das war eine Riesenüberraschung für alle Beteiligten.“ Im Laufe der Grabungen kamen neben tausenden alten Hölzern auch eine Goldperle und Lederstücke zutage. Viele von ihnen seien Teile von Schuhen. In akribischer Kleinarbeit werden zwei Restauratorinnen nun versuchen, sie wie ein Puzzle zusammensetzen. „Dann können wir irgendwann sagen, was die Burgbesatzung für Schuhe getragen hat und in welcher Größe.“ Mit viel Glück werde sich damit vielleicht auch die Frage beantworten lassen, ob auch Frauen in der Burg Schwerin gelebt haben. Wird man die Fundstücke eines Tages einmal sehen können? In einem Buch auf jeden Fall, kündigt Jantzen an. Daran werde schon gearbeitet. 2018 soll es fertig sein. Ob einige der Fundstücke auch einmal ausgestellt werden, stehe jedoch noch nicht fest.

Ziemlich konkret lässt sich dagegen sagen, was die Sanierung des Schlossgartenflügels inklusive neuem Plenarsaal kosten wird: Der Rahmen liege bei 27 Millionen Euro, so Tebben. Nach jetzigem Stand werde dieser auch eingehalten. Tebben betonte, dass der künftige Plenarsaal nicht aus reiner Lust an etwas Neuem entstehe. Aufgrund seiner Akustik und Raumaufteilung sei der derzeitige Plenarsaal „für eine Plenardebatte nicht wirklich geeignet“. Für eine andere Anordnung sei er zu schmal. Außerdem habe sich aus der Bausubstanz Handlungsbedarf ergeben. „Sowohl dieser Raum als auch der neue Festsaal hätten ohnehin technisch ertüchtigt werden müssen. Nichtstun wäre also keine Option gewesen.“



Sylvia Bretschneider und Manuela Schwesig übergaben Demokratie-Aktien an Guido Zimmermann von der Liebherr-MCCtec Rostock GmbH (l.) und Ralf Lorber vom Allgemeinen Verband der Wirtschaft Norddeutschland e.V.



Schülerinnen und Schüler aus Wismar debattierten mit Abgeordneten über eine Helmpflicht für Radfahrer. Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE, hintere Reihe) vertrat zusammen mit Lena Kubisch die Pro-Seite, Stefanie Drese (SPD, vordere Reihe) hatte zusammen mit Aurel Fislage die Kontra-Seite übernommen.



Video

Ein Video über den Tag der offenen Tür gibt es auf dem YouTube-Kanal des Landtages. www.landtag-mv.de



Bei JiL 2016 Land gewonnen?!

Land gewinnen



Junge Leute aus MV wollen mitgestalten

„Wenn wir jungen Menschen mehr Verantwortung übernehmen, ist das gut für unser Land, denn wir bringen frischen Wind in alle Bereiche des Landes. Wir verändern, wo es notwendig ist, wir bewahren, was sich bewährt hat.“ Dies steht in der Präambel des Jugendregierungsprogramms, das rund 100 junge Leute aus M-V bei „Jugend im Landtag 2016“ erarbeitet haben. In diesem Jahr stand das Beteiligungsprojekt von Landesjugendring und Landtag unter dem Motto „Land gewinnen“.

Als die Teilnehmenden von JiL 2016 am 22. Juni den Abgeordneten der demokratischen Landtagsfraktionen ihr Jugendregierungsprogramm präsentierten, lagen zwei arbeits- und erlebnisreiche Tage hinter ihnen.

Los ging es am Montag mit einer Landtags-Rallye in Form einer Actionbound und einem Parlamentsspiel zum Thema „Rechtsanspruch für Kinder und Jugendliche auf Beteiligung in der Kommunalverfassung verankern“. Bei der Plenardebatte unter Live-Bedingungen – nach den Regeln der Geschäftsordnung geleitet von Vizepräsidentin Regine Lück – erlebten die jungen „Abgeordneten“, dass auch die Gegenseite oft gute Argumente hat, dass neben Sachkenntnis auch rhetorische Fähigkeiten wichtig sind für einen überzeugenden Auftritt am Rednerpult und dass man Mehrheiten braucht, um seine Ideen durchzusetzen.

Inhaltlich ging es dann ab Dienstag zur Sache. In sechs Workshops diskutierten die Jugendlichen miteinander, mit Abgeordneten und weiteren geladenen Experten die Themen Mobilität, Umwelt, Flucht und Migration, Gender und Sex, Politische Jugendbeteiligung und Digitale Gerechtigkeit. Im Programm war zusätzlich Zeit eingeplant, um in „Miniworkshops“ auch noch weitere Themen zu besprechen, z.B. Armut, Tierschutz, internationaler Jugendaustausch, Jugendfreiwilligendienste.



Sylvia Bretschneider eröffnet JiL 2016.



Schon bei der Eröffnung sind viele Abgeordnete dabei.



An Thementischen diskutierten die Jugendlichen mit Abgeordneten die Forderungen ihres Regierungsprogramms.



Spiel und Spaß in Retzendorf



Sechs spannende Workshops - da fällt die Wahl schwer.

Bei den Diskussionen sollte es aber nicht bleiben – Ziel von JiL war diesmal, gemeinsam ein Jugendregierungsprogramm aufzustellen und dieses mit den Landtagsabgeordneten zu diskutieren. Für jedes Themenfeld ernannten die Gruppen ihre Jugendministerin bzw. ihren Minister. Bei der Präsentation des Regierungsprogramms standen die zahlreich erschienenen Abgeordneten von SPD, CDU, DIE LINKE und B' 90/DIE GRÜNEN somit dem jüngsten Kabinett aller Zeiten gegenüber!

Die Differenz an Lebensjahren spielte aber bei den Diskussionen keine Rolle – schließlich sind auch die Jugendlichen Experten in eigener Sache und hatten sich zudem in den Workshops fit gemacht für Gespräche auf Augenhöhe mit den Politikern.

Bei aller inhaltlichen Arbeit kam bei JiL 2016 natürlich auch der Spaß nicht zu kurz – Public-Viewing beim letzten EM-Vorrundenspiel der deutschen Mannschaft, Impro-Theater, Karaoke, Sport, Lagerfeuer in Retzendorf und Abschlussfete im Burggarten mit den „Les Bumms Boys“ aus Rostock.

Gewonnen haben alle bei JiL 2016 auf jeden Fall – neues Wissen, neue Erfahrungen, neue Kontakte, neue Freunde – und auch Land bei der Wahrnehmung jugendlicher Interessen durch die Landespolitik.

Alle Fotos: Marie Christin Dostal, Moritz Stemmler, LJR

Jugendregierungsprogramm von JiL 2016 (Auszüge)

Politische Jugendbeteiligung ■ Recht auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gesetzlich verankern ■ Enquete-Kommission unter Beteiligung von Jugendlichen etablieren ■ Den Schulen Informationen über politische Bildungsprojekte übermitteln ■ Freistellung vom Unterricht für politische Projekte

Mobilität in MV ■ Ausbau der Radwege forcieren ■ ÖPNV flächendeckend ausbauen ■ Frühere Mobilität ermöglichen

Umwelt ■ Ökologische und regionale Landwirtschaft fördern ■ Die Bildung für nachhaltige Entwicklung fördern ■ Aktiven Umweltschutz vorleben ■ Eine/n Umweltschutzbeauftragte/n benennen

Bekämpfung von Armut ■ Anerkennung der ausländischen Berufs- und Studienabschlüsse ■ Transparente Lohnspiegel nach Region ■ Lohnangleichung Ost-West



Die JIL-Jugendministerinnen und -minister



Mona-Mór Ebel (19, Lübtheen)

Ich fordere ein Jugendparlament von MV und eine Enquete-Kommission „Jung sein in MV“, damit die Abgeordneten gezwungen sind, unsere Forderungen anzuhören und auch teilweise umzusetzen. Wir wollen uns das ganze Jahr über engagieren, nicht nur die paar Tage bei JIL.



Lena Droese (16, Sassnitz)

Ich hoffe, dass die Abgeordneten mitnehmen und auch wertschätzen, dass es Jugendliche im Land gibt, die etwas für ihr Land tun wollen und sich engagieren.



Fabian Fengler (15, Wendisch-Priborn)

Ich war schon bei „Jugend fragt nach“ dabei und habe jetzt JIL mit organisiert. Es ist eine tolle Veranstaltung, und ich habe auf jeden Fall vor, weiter mitzumachen. Es gibt Fraktionen, da weiß man, dass Jugendarbeit nicht zu deren wichtigsten Themen gehört. Aber im Großen und Ganzen herrscht ein offenes Diskussionsklima. Und man merkt, dass sich die Abgeordneten bemühen, nicht von oben herab mit uns zu reden. Es ist wirklich auf Augenhöhe.



Die fiktive Fraktion „Soziale Gerechtigkeit jetzt“ bereitet ihre Debatten-Rede für das Parlamentsspiel vor.



Tischkicker zur Fußball-EM musste sein!



Die „Les Bummms Boys“ aus Rostock sorgten für tolle Stimmung - und der Sommerabend im romantischen Burggarten auch.

Flucht und Migration ■ Kampagne durch den Landtag: Rassismus ist uncool – Netze gegen Hetze ■ Förderung von Schülerprojekten zur Begegnung und Integration ■ Unterstützung und Weiterbildung ehrenamtlicher Helfer/innen in der Flüchtlingsarbeit

Digitale Gerechtigkeit ■ In der Bildung bessere Aufklärung über digitale Medien ■ Kostenfreien und stabilen flächendeckenden Internetanschluss von 50 Mbit ■ Gesetze für

den Schutz jedes Einzelnen im digitalen Raum ■ Mehr Schutz der Privatsphäre ■ Eingrenzung der Vorratsdatenspeicherung

Gender & Sex ■ Berücksichtigung von LSBTTI* in den Medien ■ Aufklärung und Präventionsangebote in MV ■ Überarbeitung der Lehrpläne, sodass sie das Spektrum der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identitäten abbilden und thematisieren

Foto: Landtag M-V



◀ Für die Wiederbelebung der eingestellten Südbahn-Strecke zwischen Parchim und Malchow hat eine Bürgerinitiative fast 17.000 Unterschriften gesammelt. Am 28. Juni übergaben Vertreter der Initiative Pro Schiene die Liste an die Vizepräsidentin des Landtages, Beate Schlupp. Die Unterschriftenlisten werden jetzt von der Landeswahlleiterin geprüft. Wenn mehr als 15.000 davon gültig sind, muss sich der Landtag erneut mit dem Anliegen der Volksinitiative befassen.

Foto: Rainer Cordes



◀ Stellvertretend für den Bundespräsidenten übergab Ministerpräsident Erwin Sellering am 13. Juni an drei Persönlichkeiten aus Mecklenburg-Vorpommern das Bundesverdienstkreuz. Zu den Geehrten gehört auch die frühere CDU-Landtagsabgeordnete Renate Holznagel aus Loitz (Vorpommern-Greifswald), die die hohe Auszeichnung für ihr vielfältiges Engagement in der Kirche, im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und in vielen Vereinen erhielt. Renate Holznagel gehörte dem Landesparlament von 1991 bis 2011 an, von 1998 bis zu ihrem Ausscheiden war sie 1. Vizepräsidentin des Landtages.

Beim Schlossfest am dritten Juni-Wochenende begeisterte das Lichtspektakel „Son et Lumière“ Tausende. Am Sonnabend wurde die 1000-jährige Geschichte des Schweriner Schlosses in Szene gesetzt. Bei der farbenfrohen Reise durch die Jahrhunderte fehlte selbst der neue Plenarsaal nicht, der zurzeit im Schlossgartenflügel entsteht.

Foto: Cornelius Kettler

